

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 9/2023



**UOKG-Kongress: Jugendhäuser in der DDR.
Geschichte – Insassen – Folgen**

70 Jahre Hungerstreik 1953 der Frauen im Frauenzuchthaus Hoheneck

Verbandstreffen der UOKG e.V. im November 2023

Inhalt**Aktuell**

- 3 Neue Buchpräsentationen und Werkstattberichte in der „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“ Bundesstiftung Aufarbeitung erinnert an Mauerfall und Reichspogromnacht Videomitschnitte des Kongresses „DDR-Jugendhäuser“
- 4 Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus
- 5 Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Rostock Gedenkstätte Lindenstraße – Dialogführung mit Zeitzeugen
- 6 Website zur Kommunismusgeschichte runderneuert Veranstaltungen und Angebote Stiftung Berliner Mauer Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden

Aufarbeitung

- 7 Leserbrief zum Editorial von Dieter Dombrowski, Stacheldraht 7/2023 Auf Bundesebene findet man Gehör!
- 8 34 Jahre Friedliche Revolution und Mauerfall Mit Würde zu Grabe tragen
- 9 Wir müssen diesen Ort weiterentwickeln! Erinnerung tut Not Hinweis auf Dokumentation

Berichte

- 10 UOKG-Kongress: Jugendhäuser in der DDR. Geschichte – Insassen – Folgen
- 11 70 Jahre Hungerstreik 1953 der Frauen im Frauenzuchthaus Hoheneck
- 13 Dass ich das noch erleben durfte ...
- 14 Jugend „stürmt“ Veranstaltung – Die stummen Opfer überwiegen Besuch in der Gedenkstätte Münchner Platz in Dresden
- 15 Aus der Arbeit der SED-Opferbeauftragten

Geschichte

- 16 Aus meinen Lebenserinnerungen – Bausteine (m)eines Lebens

Verbände

- 18 Nachruf auf Christa Kirchner
- 19 Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e.V. (ARE) informiert Verbändetreffen der UOKG e.V. im November 2023
- 21 Vereinigung 17. Juni 1953 e.V. – Neuer Vorstand Spendenaufruf UOKG

Service/Bücher

- 22 Kameras aus DDR-Zwangsarbeit im Otto-Katalog?
- 23 Leseempfehlungen der Redaktion

Umschlagbild

Lichtfest Leipzig am 09. Oktober 2023. Auf dem Nikolaikirchhof standen die „Kerzen-89“, die im Laufe des Abends von den Besuchern mit tausenden Teelichtern zum Leuchten gebracht wurden

Foto: Thomas Purschke

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

das Jahr geht dem Ende zu und es ist Zeit ein Resümee zu ziehen. Auf der letzten Mitgliederversammlung der UOKG haben wir auch den Vorstand neu gewählt. Zwei verdiente Vorstandsmitglieder, Herr Roland Lange und Ernst Otto Schönemann, wurden zur Ehrenvorsitzenden gewählt. Erfreulich und auch ein Zeichen, dass mit uns auch in 20 oder 30 Jahren zu rechnen ist, ist, dass mit Christoph Fichtmüller ein stellvertretende Bundesvorsitzende im jugendlichen Alter von 36 Jahren gewählt wurde. Christoph Fichtmüller ist Vorsitzender der Interessengemeinschaft Lager Ketschendorf.

Leider lässt die Novellierung der Reha-Gesetze weiter auf sich warten, wie auch die Bundesregierung bisher keine Entscheidung darüber getroffen hat, welches Ministerium den Härtefallfond verantwortlich einrichten soll. Erfolge, auf die wir gerne verzichtet hätten, waren kürzlich, dass wir von vier Verfassungsbeschwerden die in Mitverantwortung der UOKG eingereicht wurden, drei erfolgreich waren. Ein weiteres Verfahren, an dem die UOKG fast elf Jahre mitgearbeitet hat, ist im Oktober vom Bundesverwaltungsgericht in Sachen Zwangsadoption getroffen worden. Hier hat das Bundesverwaltungsgericht festgestellt, dass ein Zwangsadoptierter auch Anspruch auf verwaltungsrechtliche Rehabilitierung hat. Auf solche langwierigen Verfahren, die insbesondere Betroffenen Geld und Lebenszeit rauben, hätten wir gern verzichtet, wenn die Gesetze und wenn das Verständnis bei öffentlichen Verwaltungen und Gerichten für die

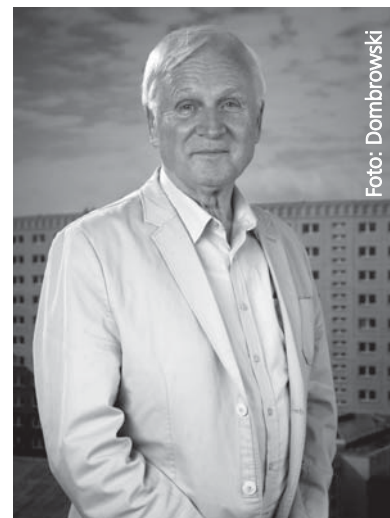


Foto: Dombrowski

Opfer von SED und Kommunismus besser ausgeprägt wären. Positiv zu bewerten ist aber, dass uns in letzter Zeit doch auch öfter Anfragen von Gerichten zu Sachverhalten erreichen, bei denen wir wegen unserer langen Arbeit über Expertise verfügen.

Meine liebe Freunde, in der heutigen Ausgabe finden Sie auch ein Spendenformular. Ich möchte Sie sehr herzlich bitten zu prüfen, ob sie uns zum Jahresende und vielleicht weil Weihnachten vor der Tür steht, in unserer Arbeit mit einer Spende unterstützen können. Ich wünsche Ihnen für die bald bevorstehenden Feiertage und die Jahreswende Besinnlichkeit und vor allem Gesundheit für Sie und ihre Angehörigen.

Bleiben Sie gesund und aufrecht.
Ihr Dieter Dombrowski

Neue Buchpräsentationen und Werkstattberichte in der „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“

Mit Lesebühne und Recherche-Werkstatt gibt das Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv im November und Dezember 2023 aktuelle Einblicke in die Forschung und Arbeit mit den Stasi-Unterlagen. Im Rahmen der Lesebühne werden in der ehemaligen Stasi-Zentrale neue Publikationen zu den Themen Staatssicherheit, DDR und Diktatur präsentiert. Im neuen Format der Recherche-Werkstatt werden Projekte vorgestellt, die im Stasi-Unterlagen-Archiv recherchiert wurden. Forscher und Mitarbeiter des Archivs berichten dabei aus ihrer Perspektive über den Prozess der Akteneinsicht und erläutern Methoden und Recherche-Strategien.

Die Recherche-Werkstatt startete am 02. November 2023 mit „Jena Paradies. Die letzte Reise des Matthias Domaschk“. Der Journalist Peter Wensierski erzählt darin die letzten Tage von Matthias Domaschk, der 1981 festgenommen wurde und in der Stasi-Untersuchungshaftanstalt Gera zu Tode kam. Die umfangreichen Recherchen für das Buch im Stasi-Unterlagen-Archiv stehen im Mit-

telpunkt der Diskussion. Neben einem Abend zum Thema Kunstraub in der DDR wird außerdem das Forschungsprojekt „Zwangsarbeit im Strafvollzug der DDR“ vorgestellt. Die Arbeit soll unter anderem die Frage der Entschädigung politischer Häftlinge voranbringen, die in DDR-Gefängnissen Zwangsarbeit leisteten.

Zum Auftakt der Lesebühne beleuchtete Dr. Konstanze Soch am 07. November mit der Länderstudie „Stasi in Berlin“ die Geschichte der Stasi in der ehemaligen Hauptstadt der DDR und West-Berlin. Am 23. November stellte Prof. Dr. Michael Wala sein Buch „Der Stasi-Mythos“ vor, das das Bild der DDR-Auslandsspionage mit der Überlieferung aus dem Geheimarchiv der Spionageabwehr des Bundesamts für Verfassungsschutz kontrastiert. Bei der Präsentation der neuen Bände aus der Reihe „Die DDR im Blick der Stasi“ steht das Jahr 1970 im Fokus, das im Zeichen der deutsch-deutschen Annäherung stand: Bundeskanzler Willy Brandt besuchte Erfurt, DDR-Regierungschef

Willi Stoph reiste nach Kassel. Dr. Ronny Heidenreich zeichnet die Ereignisse aus der Perspektive der geheimen Berichte der Staatssicherheit an die SED-Führung nach.

Termine

Donnerstag, 30.11. | 18.00 Uhr
LESEBÜHNE: „Die DDR im Blick der Stasi“ Bd. 1970 und 1971 • Filmvorführung „Willy Brandt ans Fenster!“

Donnerstag, 07.12. | 18.00 Uhr
RECHERCHE-WERKSTATT: „Zwangsarbeit im Strafvollzug der DDR / Lieferketten des Innerdeutschen Handels“

Ort: Stasi-Zentrale.
Campus für Demokratie
Ruschestraße 103, 10365 Berlin, Haus 7, Raum 427
Verkehrsanbindung:
U5, Magdalenenstraße

Der Eintritt ist frei.
Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. 🚗

Bundesstiftung Aufarbeitung erinnert an Mauerfall und Reichspogromnacht

Mit dem 09. November werden die Deutschen jedes Jahr an die Möglichkeit des Gelingens ebenso wie an die Abgründe der deutschen Geschichte erinnert. Er steht einerseits für den uneingeschränkt glücklichen Tag des Mauerfalls und damit für die Überwindung der zweiten deutschen Diktatur. Gleichzeitig markiert er mit den Novemberpogromen von 1938 den ersten fürchterlichen Höhepunkt einer Verfolgungsgeschichte von Jüdinnen und Juden in der NS-Diktatur, die schließlich im Zivilisationsbruch der Shoah gipfelte, aber bereits 1933 ihren Anfang genommen hatte.

Die Ausrufung der ersten deutschen Republik durch Philipp Scheidemann 1918 und der Versuch Hitlers 1923, diese Republik wieder zu zerstören, noch erfolglos, sind weitere historische Wegmarken, die mit diesem Tag verbunden sind.

Dr. Anna Kaminsky, Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung: „Der 09. November gibt uns wie kein anderer Tag

in der deutschen Geschichte Anlass, die Verschränkung von Diktatur und Demokratie, von Unterdrückung und Befreiung zu reflektieren“. Er sei nicht nur ein Jubiläum, sondern auch ein Tag des Mahnens und des aktiven Einstehens für Demokratie und Menschenrechte.

Dr. Kaminsky weiter: „In diesem Jahr begehen wir den Tag auch unter dem Eindruck der Ereignisse im Nahen Osten und ihren Auswirkungen auf unser Land. Es ist erschütternd und beschämend zu erleben,

dass Jüdinnen und Juden in Deutschland so stark wie nie zuvor in Angst leben müssen. Wenn Gedenken nicht zum leeren Ritual werden soll, gibt es für uns alle eine verpflichtende Aufgabe: unbedingte Solidarität mit der jüdischen Gemeinschaft in Wort und Tat. Damit verteidigen wir unsere freiheitliche Demokratie insgesamt.“

Informationen zum 09. November 1989 bietet die Bundesstiftung Aufarbeitung im Dossier Friedliche Revolution, deutsche Einheit und Transformation: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/dossiers/198990-friedliche-revolution-und-deutsche-einheit> 🚗

Videomitschnitte des Kongresses „DDR-Jugendhäuser“

Die Videomitschnitte des Kongresses „DDR-Jugendhäuser“ auf dem YouTube-Kanal der UOKG sind online gegangen. Sie finden diese auf unserem **YouTube-Kanal „UOKGnews“** unter der Adresse: <https://www.youtube.com/playlist?list=PL9rXww0YcQscrBJ1iwhcNmTKMKV8H0X3>.

Bitte empfehlen Sie uns in Ihren Kreisen weiter. Mit einem freundlichen Gruß im Namen des Teams

Dr. Christian Sachse, Stefanie Falkenberg
Mail nur an cs@christian-sachse.de

Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten

Neue Internet-Plattform zur Vernetzung von Forschung, Gedenkstätten, Museen und Zivilgesellschaft: Eine neue Internet-Plattform bietet Möglichkeiten zur Information, Vernetzung und Zusammenarbeit von Gedenkstätten, Wissenschaft und zeitgeschichtlich Interessierten in Berlin und Brandenburg: www.netzwerk-zeitgeschichte.de. Die Website ist ein Kernelement des im Herbst 2022 gestarteten Projekts „Netzwerk Zeitgeschichte. Forschung – Gedenkstätten – Gesellschaft“ der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, der Humboldt-Universität zu Berlin und des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam.

Die von Studio Gretzinger gestaltete Internet-Plattform mit Orts- und Projektvorstellungen will den Kontakt und den Austausch von dezentralen Initiativen im Flächenland Brandenburg mit den Gedenkstätten und den Forschungseinrich-

tungen in Potsdam und Berlin erleichtern und intensivieren. Das Angebot richtet sich gleichermaßen an ehrenamtlich getragene Initiativen und Vereine wie an Gedenkstätten und Museen mit ihren unterschiedlichen Ressourcen und Potenzialen. Beiträge über Gedenkstätten- und Vereinsarbeit sowie ortsbezogene Forschungsprojekte sind herzlich willkommen.

Als Scharnierstelle zwischen Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Kultur und Politik setzt sich das Netzwerk Zeitgeschichte für die Erprobung innovativer Vermittlungsformate, kritisches Geschichtsbewusstsein und die Stärkung der Demokratie in Brandenburg ein. Das Netzwerk-Team führt Lehrveranstaltungen an der Berliner Humboldt-Universität sowie an brandenburgischen Hochschulen durch. Am 06. November beginnt unter dem Titel „Montagsdebatte“ eine Reihe mit Diskussionsveranstaltungen, die zeitgeschichtliche

Themen mit aktuellen Fragestellungen verknüpft.

Das Netzwerk Zeitgeschichte ist ein Projekt der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und der Humboldt-Universität zu Berlin. Das Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam ist assoziierter Partner. In einer Pilotphase läuft das Projekt zunächst bis Herbst 2025.

Information:
www.netzwerk-zeitgeschichte.de

Verantwortlich: Dr. Horst Seferens | Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit | Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten
16515 Oranienburg | Heinrich-Grüber-Platz | T +49 3301 810920 | F +49 3301 810926
seferens@stiftung-bg.email | www.stiftung-sbg.de



Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus

**Dienstag, 12. Dezember 2023,
18:00 Uhr**

Prof. Wilhelm Schmid, der Professor für Philosophie, stellt sein Buch vor: Was geht uns Deutschland an?

Deutschland könnte uns gleichgültig sein, wenn es unproblematisch wäre. Nun aber entsteht erneut die Frage, was diese Gesellschaft denn ist, die unter dem Begriff „Deutschland“ firmiert. Offenbar gibt es Strukturen in dieser Gesellschaft, die von einer verhängnisvollen Geschichte herrühren und in der Aktualität erneut hervorbrechen. Die Faszination des Nationalsozialismus, genauso wie die des Kommunismus, kann sich überall dort entfalten, wo Individuen nicht gelernt haben, sich selbst zu führen, und daher dazu neigen, die Führung des eigenen Lebens in die Hände eines Führers zu legen. Das Erlernen der Fähigkeit, sich selbst zu führen, muss deshalb stärker in den Vordergrund rücken. Die politische Bedeutung der Überlegungen des Autors besteht darin, eine individuelle Lebenskunst den pathologischen Formen der Macht entgegenzustellen, ja sie unmöglich zu machen, um eine „Ökonomie

der Machtverhältnisse“ zu finden, wie sie einer freiheitlichen, demokratischen Gesellschaft gemäß ist.

**Dienstag, 09. Januar 2024,
18:00 Uhr**

Dr. Anneli Ute Gabanyi, die aus Rumänien stammende Politikwissenschaftlerin, Philologin und Journalistin hält ihren Vortrag: Die Bilanz der Transformation in der Republik Moldau nach 1989 sowie die aktuelle Lage im Ukraine-Krieg

Die Republik Moldau gehört mit einer Fläche von 33.843 km² und 2,5 Mill. Einwohnern zu den kleinsten ehem. Sowjetrepubliken. Im Westen teilt sie eine 450 km lange Grenze mit Rumänien, im Norden, Osten und Süden grenzt sie auf einer Länge von 232 km an die Ukraine. Wie alle Länder des zerfallenen Ostblocks ist der seit 1991 unabhängige Staat auf dem steinigen Weg zu einer parlamentarischen Demokratie. Von Anbeginn behindert der Transnistrien-Konflikt erheblich die politische Entwicklung des Vielvölkerstaates. Die Republik Moldau ist seit dem 23.06. 2022 EU-Beitrittskandidatin.

**Dienstag, 23. Januar 2024,
18:00 Uhr**

Inge Ruth Marcus, die in der Mandschurei geborene Autorin präsentiert ihr biografisches Buch: GLUT IM EIS – Vier Generationen zwischen fünf Diktaturen

Im Jahr 1899 ist Großvater Josef Naumann 20 Jahre alt und Angestellter in Hamburg. Er will der Enge seines vorbestimmten Lebens entfliehen und bekommt ein Angebot von einem deutschen Handelshaus in Wladiwostok. Doch damit beginnt seine persönliche Odyssee, denn zwischen Russland, China, Japan und den Kolonialmächten folgt ein Krieg dem nächsten. Durch den 1. Weltkrieg gerät Josef Naumann selbst in sibirische Verbannung, lebt sieben Jahre unter Burjaten und gründet eine Familie. Als er von der Roten Armee mit dem Tode bedroht wird, flieht er mit seiner Familie durch die Fronten des Bürgerkrieges. Ihm drohen Todesstrafe oder Gulag. Freunde verhelfen der Familie zur Flucht nach Harbin in der Mandschurei ...

Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus
Nikolaikirchplatz 5–7
10178 Berlin-Mitte (Nikolaiviertel)
Tel.: 030 – 283 43 27
www.Gedenkbibliothek.de



Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig

Öffentliche Führungen

- Termin: Mittwoch, 13. Dezember 2023, 17,00 Uhr
Archivführung zum Thema: Aktion „Feuerwerk“.
Die „Organisation Gehlen“ im Visier der Stasi
- Termin: Mittwoch, 31. Januar 2024, 11,00 Uhr
Archivführung zum Thema: „Einer Diktatur auf der Spur“

Eine Anmeldung per Telefon unter 030 18 665-3211 oder per E-Mail an leipzig.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de wird empfohlen.

Dauerausstellung

Titel: Überwachen. Verängstigen. Verfolgen. Stasi.
Die Geheimpolizei der DDR.

Wechselausstellungen

Titel: Leseland DDR
Eine Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur von Stefan Wolle, 2022
Dauer: 09. April bis 31. Dezember 2023

Titel: Die Stasi
Modulare Ausstellung zur Tätigkeit der DDR-Staatssicherheit in den Regionen
Dauer: 01. Januar bis 29. Februar 2024

Titel: Aufarbeitung. Die DDR in der Erinnerungskultur. Eine Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur von Dr. Ulrich Mählert und Stefan Wolle
04. Januar bis 31. Dezember 2024

Öffnungszeiten der Ausstellungen: Montag–Freitag 08–18 Uhr; Samstag/Sonntag und feiertags 10–18 Uhr
Das Gebäude ist leider nicht vollständig barrierefrei.
Der Eintritt ist immer frei.

Ort: Alle Veranstaltungen
Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig
Dittrichring 24, 04109 Leipzig | Telefon: 0341 - 2247-3211
Fax: 0341 - 2247-3219 | Internet: www.bundesarchiv.de
www.stasi-unterlagen-archiv.de



Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Rostock

Mittwoch, 06. Dezember 2023,

Bürgerberatung 13.00–17.00 Uhr
Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen?
Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG)
Grüner Weg 5, 18055 Rostock
(Angebote in Kooperation mit der LpB M-V/DuG)

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Rostock
Straße der Demokratie 2
18196 Waldeck/Dummerstorf
Tel.: 038208 826 1323
E-Mail: Beate.Karow@bundesarchiv.de
Internet: www.stasi-unterlagen-archiv.de/rostock



Gedenkstätte Lindenstraße – Dialogführung mit Zeitzeugen

Lindenstraße 1989/90 – Die Öffnung des Verschlossenen. Am Abend des 05. Dezember 1989 standen zehn Mitglieder des Neuen Forums – neun Frauen und ein Mann – vor den Türen der Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit in der Otto-Nuschke-Straße und forderten Einlass. Wenige Tage später endete die Geschichte der Lindenstraße 54/55 als gefürchteter Ort von politischer Verfolgung und menschenunwürdiger Haft.

Im Januar 1990 öffneten sich die Türen des ehemals streng bewachten und verschlossenen Gefängnisses für die Öffentlichkeit. Mehrere Tausende Menschen wollten den früheren Ort politischen Un-

rechts im Stadtzentrum sehen. Potsdamer Bürger, ehemalige Inhaftierte und deren Angehörige sowie viele weitere Interessierte strömten in das Gebäude.

- Wie fanden sie den Ort vor?
- Welche Fragen stellten sie?
- Was hatten sie selbst zu berichten?

Die Dialogführung thematisiert damals Bekanntes und Unbekanntes, fragt nach Gerüchten und Wahrheiten in Verbindung mit dem Haftort Lindenstraße und erinnert an einen denkwürdigen Moment während der Friedlichen Revolution 1989/90 in Potsdam. Dialogführung mit dem Zeitzeugen Thomas Wernicke und Johannes Leicht.

Wann: 05.12.2023
Zeit: 16:00 bis 17:30 Uhr
Ort: Gedenkstätte Lindenstraße
Anmeldung erwünscht unter: [info\[at\]gedenkstaette-lindenstrasse.de](mailto:info[at]gedenkstaette-lindenstrasse.de)

Ausstellungen:

Bis 07. Januar 2024: Sonderausstellung „Auf dem rechten Auge blind... Politische Justiz in Potsdam zwischen 1919 und 1933“.

Bis 07. Januar 2024: Foyerausstellung „ENTRECHTET“ – Das Schicksal von Ludwig Levy und die Ausgrenzung von Juristen jüdischer Herkunft 1933 in Potsdam.

Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße
Lindenstraße 54, 14467 Potsdam
Tel.: +49 (0)331-971 89 005
E-Mail: presse@gedenkstaette-lindenstrasse.de
www.gedenkstaette-lindenstrasse.de



Website zur Kommunismusgeschichte runderneuert

Die Website „kommunismusgeschichte.de“ der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur startet mit neuen Inhalten und in einem neuen Look. Kommunismusgeschichte.de bündelt seit 2017 Materialien der Bundesstiftung zur Aufarbeitung zur Geschichte der kommunistischen Bewegung und ihrer Diktaturen – vom 20. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Mit dem Relaunch hat sich nicht nur das Layout der Seite verändert: Im Abschnitt „Lesen“ ist die Rubrik „E-Books“ hinzugekommen. Zum Start findet sich dort unter anderem Hermann Webers schon lange vergriffenes Standardwerk „Die Wandlung des deutschen Kommunismus“. Der Abschnitt „Sehen“

präsentiert ab sofort die thematisch einschlägigen Videopodcasts der Bundesstiftung zum Thema. Auch das Angebot an Audiopodcasts ist deutlich erweitert. Aus Anlass der 30. Ausgabe des „Jahrbuchs für Historische Kommunismusforschung“ sind zum Neustart der Seite nunmehr alle Beiträge online verfügbar, die seit 1993 in der wichtigsten Jahresschrift zur Kommunismusgeschichte erschienen sind. In der Rubrik BioLex kann in über 5.500 Biografien zur Geschichte des deutschen Kommunismus recherchiert werden. Die Rubriken „Forschen“ und „Lernen“ sind nicht nur ein Vademekum durch die Forschungslandschaft, sondern auch eine Fundgrube für Bildungsangebote. Und

die Rubrik „Aktuelles“ informiert u.a. über die neue Ausschreibung der Fördermittel für die Hermann-Weber-Konferenzen zur Historischen Kommunismusforschung 2026 und 2027, deren Ergebnisse zum Ende des Jahrzehnts auf dieser Seite verfügbar sein werden.

Internet:

www.kommunismusgeschichte.de
Bundesstiftung zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur

Kronenstraße 5 | 10117 Berlin |
Tel. 030 / 31 98 95 225

www.bundesstiftung-aufarbeitung.de |
facebook.com/BundesstiftungAufarbeitung



Veranstaltungen und Angebote Stiftung Berliner Mauer

Schwerter zu Pflugscharen

Vortrag und Gespräch

Donnerstag, 07. Dezember, 19.30 Uhr
Besucherzentrum, Gedenkstätte
Berliner Mauer, Bernauer Straße 119,
13355 Berlin

Mit ihrem Protest gegen die Einführung der Wehrpflicht erreichte die Kirche, dass in der DDR als einzigem Land im Warschauer Pakt die Wehrdienstverweigerung möglich wurde und sprach dadurch eine breite Masse von Menschen inner- und außerhalb kirchlicher Kreise an. Viele der daraufhin entstehenden Friedensgruppen waren nur lose mit Kirchengemeinden verbunden und die Friedensarbeit der christlichen Gemeinden wurde

zur Wiege der politischen Opposition in der DDR.

Mit Blick auf zahlreiche Konflikte in unmittelbarer Nachbarschaft zu Europa erfahren Friedensbewegungen neuen Aufschwung. Was können wir aus der Friedensbewegung des Kalten Krieges lernen? Müssen wir uns von bestimmte Friedenskonzeptionen verabschieden? Wie kann Kirche heute Friedensarbeit fördern und unterstützen?

Die Veranstaltungsreihe findet in Kooperation der Evangelischen Akademie zu Berlin mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Stiftung

Berliner Mauer statt.

Eintritt frei. Um Anmeldung wird gebeten.

Live Speaking an der East Side Gallery

Samstags, 14–16 Uhr und
Sonntags 12–14 Uhr

East Side Gallery: Unsere Guides sind entlang der East Side Gallery als Live Speaker vor Ort, um Ihre Fragen zu beantworten, die historischen Spuren der Berliner Mauer aufzuzeigen und die Geschichten hinter den Mauerbildern zu erzählen.

Infos zu weiteren Veranstaltungen:

<https://www.stiftung-berliner-mauer.de/node/119>



Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden

Öffentliche Führungen

Sonntag, 03.12.2023, 11:00 Uhr
Montag, 04.12.2023, 14:00 Uhr

Montag, 11.12.2023, 14:00 Uhr
Montag, 18.12.2023, 14:00 Uhr

Veranstaltungen

Tag der offenen Tür

Dienstag, 05.12.2023, 10:00-17:00 Uhr
Kostenfreie öffentliche Führung
um 14:00 Uhr. Eintritt frei.

Die Gedenkstätte lädt am 05. Dezember 2023 alle Interessierten zu einem kostenfreien Besuch der Gedenkstätte ein. Anlass ist der Jahrestag der friedlichen Besetzung der Stasi-Bezirksverwaltung Dresden. Besucher haben die Möglichkeit den historischen Ort zu erkunden und erfahren, wie der staatliche Repressionsapparat politische Gegner zu zersetzen ver-

suchte. Der sowjetische Haftkeller führt die Besucherinnen und Besucher in die kargen Zellen des sowjetischen Geheimdienstes. Von hier aus ging für viele nach der Verurteilung durch ein Sowjetisches Militärtribunal der Weg in eines der sowjetischen Arbeitslager.

Vom 24. bis 26. Dezember, ebenso wie am 31. Dezember, bleibt die Gedenkstätte geschlossen.

Ort: Gedenkstätte
Bautzner Straße Dresden
Bautzner Straße 112a
01099 Dresden

Telefon: +49 351 899 60 442

Internet: www.stasihaft-dresden.de



Foto: Ulrich Haessler

Menschenkette am 03.12.1989.

Leserbrief zum Editorial von Dieter Dombrowski, Stacheldraht 7/2023

Die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten ist grundsätzlich dagegen, die Geschichte und insbesondere das Gedenken für aktuelle politische Zwecke zu instrumentalisieren, wie es Dieter Dombrowski offenbar vorschwebt.

Zudem ist es vollkommen abwegig, die Gedenkstättenstiftung wegen Differenzen zu einem wissenschaftlich und politisch in Deutschland nach wie vor umstrittenen Gedenktag rhetorisch ins Lager der „Russlandverstehler“ zu rücken, schließlich leistet die Stiftung Hilfe für KZ-Überlebende in der von Russland überfallenen Ukraine, unterstützt bedrängte russische Menschenrechtler von Memorial und anderen dissidentischen Gruppen und hat wiederholt die russische Botschaft von Gedenkveranstaltungen ausgeladen.

Im Übrigen gibt es keinen europäischen Konsens des Gedenkens, wie von Dombrowski behauptet, sondern ein Feld uneinheitlich nuancierter Erinnerungspolitiken und viele europäische Länder, in denen der 23. August keineswegs ein öffentlich begangener Gedenktag ist. Deutschland hat in diesem Zusammenhang eine besondere Stellung: Von hier ist der Zweite Weltkrieg ausgegangen, in dessen Rahmen der Holocaust und der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion exekutiert wurden.

Es geht auch keineswegs um eine pauschale Ablehnung des europäischen Gedenktages am 23. August, sondern um die Frage, ob die Gedenkstätte Leistikowstraße dafür der richtige Ort ist. Gedenktage müssen, so ein Grundsatz der Stiftung Brandenburgische Gedenk-

stätten, einen historischen Bezug zu den historischen Orten haben und dürfen Opfergruppen nicht verletzen. Beides ist in der Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße nicht gegeben. Im Gegenteil: Zum einen ist die Gedenkstätte kein Ort zweifacher Vergangenheit. Zum anderen waren hier ab 1945 zahlreiche Personen inhaftiert, denen zurecht NS-Verbrechen zur Last gelegt wurden.

Daher ist die Gedenkstätte Leistikowstraße denkbar ungeeignet als Ort für Gedenkfeiern am europäischen Tag des Gedenkens an die Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus.

Dr. Horst Seferens, Pressesprecher der
Stiftung Brandenburgische
Gedenkstätten

Auf Bundesebene findet man Gehör!

In Neubrandenburg wurden wir lange ignoriert. Auf Bundesebene findet man Gehör! Die Mitarbeiter Dr. Andreas Helle und Dr. Christoph Drapat (Referat AO 2 – Deutsche Einheit und Gesellschaftspolitik, Aufarbeitung und Europäische Transformation) des Staatsminister beim Bundeskanzler sowie der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland, Carsten Schneider, MdB, besuchten die Stadt Neubrandenburg. Sie ließen sich vom stellvertretenden Landesvorsitzenden der Vereinigung der Opfer des Stalinismus/Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus e.V., Herrn André Rohloff, das ehemalige Areal des Ministerium für Staatssicherheit in Neubrandenburg (MfS) zeigen. Dabei tauschten sie sich über das denkmalgeschützte Areal (4 Wachtürme, Mauer) in der Neustrelitzer 120/Kirschenalle 30, sowie über die Landesimmobilie der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS aus.

Dabei zeigten sich Dr. Andreas Helle und Dr. Christoph Drapat über das Ausmaß des Areals beeindruckt.

Ich danke meinem Vereinskameraden André Rohloff für sein jahrelanges Engagement, um diesen authentischen

Ort zu erhalten. Nur durch seine Anstrengungen kam es zu den Aktivitäten von RAA M-V und der Hochschule Neubrandenburg, die daraufhin die ersten öffentlichen Symposien organisierten

und jetzt öffentlich über dieses Areal diskutiert wird.

Text und Foto:
Silvio Blum



(von links nach rechts): Dr. Andreas Helle, André Rohloff, Dr. Christoph Drapat

34 Jahre Friedliche Revolution und Mauerfall

BAB Frank Ebert: „Bund muss Forum Opposition und Widerstand jetzt umsetzen!“

Am 09. November 2023 feierte Deutschland den 34. Jahrestag des Mauerfalls. Der Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB), Frank Ebert, würdigt die Menschen, die sich für demokratische Verhältnisse in der DDR engagierten und das Regime damit schließlich zu Fall brachten: „In der DDR gehörte viel Mut dazu, sich gegen die Diktatur aufzulehnen. Doch einige Menschen waren couragiert genug, öffentlich Meinungsfreiheit, freie Wahlen und demokratische Reformen einzufordern. Sie ermutigten damit andere, ebenfalls ihren Protest zu artikulieren, zu Hunderttausenden auf die Straße zu gehen und so schließlich die Mauer von innen heraus einzureißen.“

Der Mauerfall bilde den Endpunkt des jahrzehntelangen Widerstands gegen die kommunistische Diktatur, so der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte. „Dass es zu diesem glücklichen Ereignis kam, ist nicht nur das Verdienst der Bürgerinnen und Bürger in der DDR. Auch Menschen aus der Bundesrepublik wie die Journalisten, welche der Bürgerbewegung die nötige Medienpräsenz verschafften, und die Oppositionsbewegungen in Osteuropa wie Solidarność und Charta 77 haben dazu

beigetragen, die SED-Diktatur zu stürzen.“

Die Friedliche Revolution in der DDR ist ein wichtiger Teil der deutschen und europäischen Freiheits- und Demokratiegeschichte. Das Wirken der Oppositionsspiele in der deutschen Erinnerungskultur jedoch bisher nur eine untergeordnete Rolle, bedauert Frank Ebert und sieht den Bund in der Pflicht: „Die Weiterentwicklung des Campus für Demokratie mit dem ‚Forum Opposition und Widerstand 1945–1990‘ ist eines der wichtigsten gesamtdeutschen erinnerungspolitischen Projekte. Die Ampel-Koalition muss das Forum in die Gedenkstättenkonzeption des Bundes aufnehmen und die notwendigen finanziellen Mittel für die Umsetzung im Haushalt bereitstellen.“

Hintergrund

Auf dem 22 Hektar großen Gelände des früheren DDR-Ministeriums für Staatssicherheit befinden sich heute Teile des Stasi-Unterlagen-Archivs, das Stasimuseum und das Archiv der DDR-Opposition der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V., außerdem Betroffenenverbände und

Aufarbeitungsinitiativen, Arztpraxen und Räume des Finanzamts Lichtenberg. Große Teile des Gebäudebestands auf dem Areal stehen unter Denkmalschutz. Am 15. Juni 2023 hat der Bundestag die Bundesregierung aufgefordert, das von der Robert-Havemann-Gesellschaft geplante **„Forum Opposition und Widerstand 1945–1990“** zügig umzusetzen und die Weiterentwicklung des Campus für Demokratie voranzubringen. Das Forum soll informieren und aufklären, zivilgesellschaftliches Engagement für Freiheitsrechte und Demokratie würdigen und für aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen sensibilisieren. Den inhaltlichen Schwerpunkt bildet dabei die facettenreiche Geschichte von Regimegegnerschaft in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) und in den kommunistischen Diktaturen Osteuropas.

Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)
Franz-Jacob-Str. 4 B | 10369 Berlin
Telefon (030) 24 07 92 - 33
Telefax (030) 24 07 92 - 99
presse@aufarbeitung-berlin.de
www.aufarbeitung-berlin.de



Mit Würde zu Grabe tragen

Ist es schwarzer Humor oder Sarkasmus, der den ehemaligen Aspiranten der KPdSU-Parteihochschule und SED-Nomenklaturkader Dietmar Bartsch dazu bringt, die Bundestagsabgeordneten der Partei „DIE LINKE“ aufzufordern, die Bundestagsfraktion, jetzt, nach der Drohung von Sahra Wagenknecht, demnächst eine neue Partei mit ihrem Namen zu gründen, „mit Würde zu Grabe zu tragen“. Vielleicht sind es aber auch seine eigenen Erinnerungen, die ihn tief zu schmerzen scheinen. Denn erst musste er den ruhmlosen Untergang seiner SED erleben, dann landete die Bruderpartei KPdSU ebenfalls auf der Müllhalde der Geschichte. Nun wird das ideologische zerstörende Gift, welches der Ex-SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine, auch als ehemalige Galionsfigur der WASG, in allen Parteien versprühte, denen er angehörte, weitergetragen von seiner vierten Ehefrau, mit der der Millionär im „Palais

der sozialen Gerechtigkeit“ im Saarland lebt.

Obwohl ihre gemeinsame Initiative „Aufstehen“, von vielen Medien hochgejubelt, krachend scheiterte, hat Wagenknecht ihre Arroganz nicht verloren. Mit etwa zehn Bundestagsabgeordneten will die Demagogin, die einst als SED-Genossin Stalin und Ulbricht verehrte, die linksextreme „Kommunistische Plattform“ in der PDS gründete, nun erneut eine eigene politische Bewegung gründen, die in einer Parteigründung münden soll.

Bescheiden wie sie immer war, soll dieser obskure Verein, der schon fleißig Spenden sammelt, ihren Namen tragen. Es ist nicht der erste Versuch von linken Kräften sich aufzuspalten, denn schon im Ersten Weltkrieg spalteten sich Liebknecht und Luxemburg, in deren Tradition sich Wa-

genknecht lange sah, von der SPD zur USPD und späteren KPD ab. Vielleicht sucht Wagenknecht einen besonderen Platz in der Geschichte und bietet deshalb in ihrem politischen Kramladen vor allem viel Populismus an. Ob das aber ausreicht, um fünf Prozent der Wahlberechtigten dazu zu bringen, ihre zukünftige Partei zu wählen, in der außer ihrem Namen nichts wirklich originelles zu finden ist, bleibt zu bezweifeln. Immerhin hat sie schon erreicht, dass über einhundert Mitarbeiter der Bundestagsfraktion „Die Linke“ wahrscheinlich ihren Arbeitsplatz verlieren. Dies nur zur Information zum Thema „soziale Verantwortung“, welche sie doch so vollmundig im Munde führt. Es bleibt zu hoffen, dass auch Wagenknechts Blütenträume „zu Grabe getragen“ werden, spätestens nach den nächsten Wahlen.

Alexander W. Bauersfeld

Wir müssen diesen Ort weiterentwickeln!

Regierender Bürgermeister Kai Wegner mit Kultursenator Joe Chialo und BAB Frank Ebert auf dem Campus für Demokratie

Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner und Kultursenator Joe Chialo besuchten den „Campus für Demokratie“. Mit dem Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB) Frank Ebert unternahmen sie einen Rundgang über das Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale. Dabei informierte der Aufarbeitungsbeauftragte über die Entwicklungen auf dem Campus und die Planungen zur Errichtung des „Forum Opposition und Widerstand, 1945–1990“.

Kai Wegner, Regierender Bürgermeister: „Der Campus für Demokratie erinnert uns nicht nur schmerzlich an die Schrecken der zweiten deutschen Diktatur. Er ruft auch die essenzielle Rolle einer freien, offenen Gesellschaft ins Bewusstsein. Es ist unsere Pflicht, solche Orte zu erhalten und darauf aufzubauen, denn Demokratie ist nicht selbstverständlich. Gerade deshalb müssen wir diesen Ort mit der Errichtung des Forums Opposition und Widerstand weiterentwickeln. Das Land Berlin wird sich beim Bund weiter dafür einsetzen, damit dieses wichtige Vorhaben umgesetzt wird.“

Joe Chialo, Senator für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt: „Dieser Ort ist in zweifacher Hinsicht von großem Wert. Hier hatte der maßgebliche Unterdrückungsapparat der SED-Diktatur seinen Sitz, deshalb ist er als Ort der Erinnerungskultur und der Forschung zum SED-Unrecht bedeutend. Der Sturm auf die Stasi-Zentrale im Januar 1990 war ein wichtiger Meilenstein der Wendezeit und ein mutiger Akt der Selbstermächtigung von DDR-Bürgerinnen und -Bürgern. Für die Erinnerungsarbeit zu Widerstand und Opposition in der DDR ist dieser Ort ebenfalls herausragend. Dieser geschichtlichen Verbindungen und der daran geknüpften Verantwortung müssen sich alle Beteiligten bewusst sein, und das Ihrige tun für diesen Ort der Erinnerung, Mahnung und Demokratie!“

BAB Frank Ebert: „Dieser Ort verdient mehr Aufmerksamkeit! Die Weiterentwicklung des Campus für Demokratie mit dem Forum Opposition und Widerstand ist eines der wichtigsten gesamtdeutschen erinnerungspolitischen Projekte.

Das Forum wird die Perspektive der mutigen Menschen in den Mittelpunkt stellen, die sich in allen Phasen der SBZ/DDR für eine freiheitliche Gesellschaft einsetzten. Hier ist jetzt besonders der Bund gefragt. Die Ampel muss im Haushalt die notwendigen Mittel bereitstellen, damit mit der Umsetzung des Forums begonnen werden kann.“

Hintergrund

Auf dem 22 Hektar großen Gelände des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit befinden sich Teile des Stasi-Unterlagen-Archivs, das Stasimuseum und das Archiv der DDR-Opposition der Robert-Havemann-Gesellschaft, außerdem Arztpraxen und Räume des Finanzamts Lichtenberg. Große Teile des Gebäudebestands auf dem Areal stehen unter Denkmalschutz. Am 15. Juni hatte der Bundestag die Bundesregierung aufgefordert, das „Forum Opposition und Widerstand, 1945–1990“ zügig umzusetzen und die Weiterentwicklung des Campus für Demokratie voranzubringen.

Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)
Franz-Jacob-Str. 4 B | 10369 Berlin
Telefon (030) 24 07 92 - 33
Telefax (030) 24 07 92 - 99
www.aufarbeitung-berlin.de



Erinnerung tut Not

Die Diktatur war vor Ort und nicht nur in Berlin-Hohenschönhausen. Am 15. November 2023 fand das dritte öffentliche Forum zum weiteren Umgang mit der Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit in Neubrandenburg statt. Als Zeitzeugin sprach Frau Schrader (Jahrgang 1948) die im Jahr 1987 in Neubrandenburg inhaftiert war. An dieser Veranstaltung nahmen Frau Evelyn Zupke (Die SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag), Dr. Andreas Helle und Dr. Christoph Drapatz (Referat AO 2 – Deutsche Einheit und Gesellschaftspolitik, Aufarbeitung und Europäische Transformation – des Staatsministers beim Bundeskanzler – Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland – Herr Carsten Schneider), sowie Michael Köllner (Leiter Stasi-Unterlagen-Amt-Neubrandenburg), Dr. Christian Halbrock und weitere teil.

Seit dem Jahr 2014 kämpfen Vertreter der Vereinigung der Opfer des Stalinismus

e.V. (VOS e.V.) für einen Erinnerungsort an die SED-, MfS-Verbrechen in der ehemaligen Bezirksstadt Neubrandenburg und immer noch stehen wir am Anfang dieses Prozesses.

Doch der Prozess in Neubrandenburg hat begonnen durch das Engagement der politischen Opfer des SED-Regimes.

André Rohloff



(von links nach rechts): Silvio Blum (VOS e.V.), Evelyn Zupke (Die SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag), Dr. Martin Müller-Butz (RAA M-V), André Rohloff (VOS e.V.).

Hinweis auf Dokumentation

175 Jahre nach der deutschen Revolution von 1848 und 70 Jahre nach dem DDR-Volksaufstand vom 17. Juni 1953 zeichnet Terra X den langen Weg Deutschlands zur Demokratie nach.

Internet: <https://www.zdf.de/dokumentation/terra-x-history/kampf-um-die-freiheit-fuenf-anlaeufe-zur-demokratie-100.html>, Länge: 88 min Datum: 13.06.2023, Verfügbarkeit: Video verfügbar bis 11.06.2028

Kommentar eines Leser des Stacheldrahtes: „Dieser Film stellt endlich einmal den Kampf um die Freiheit in Deutschland ein schließlich des 17.06. 53 gut dar und das ZDF liefert dazu auch Unterrichtsmaterial.“

Herbert Prieu

UOKG-Kongress: Jugendhäuser in der DDR. Geschichte – Insassen – Folgen

In der DDR galt die Umerziehung von „schwererziehbaren“ und straffälligen Kindern und Jugendlichen als „strengste Form der sozialistischen Bildung und Erziehung“. Die Orte der Umerziehung sind bekannt: Durchgangsheime, Spezialkinderheime, Jugendwerkhöfe. Sie waren dem Ministerium für Volksbildung unterstellt. Die sogenannten „Jugendhäuser“ aber, sind bisher kaum geläufig. Häufig werden sie mit den Jugendwerkhöfen verwechselt oder gleichgesetzt. – waren doch in beiden Einrichtungen Jugendliche in teils gefängnisähnlicher Unterbringung verwahrt und gnadenlosem Drill, Arbeitserziehung, Kollektivbestrafungen und Selbsterziehung ausgeliefert. Die Bezeichnung „Jugendhaus“ klingt irreführend euphemistisch. Dabei handelte es sich hier um Jugend-Gefängnisse für Jungs und Mädchen bis 18 Jahren. Sie waren Teil des Strafvollzugs und unterstanden dem Ministerium des Innern. Hierhin kamen verurteilte jugendliche Strafgefangene.

Darüber zu informieren, sie bekannt zu machen, um bei Gerichten, Behörden und in der Öffentlichkeit mehr Verständnis zu erreichen, war Ziel des UOKG-Kongresses im Augustinerkloster zu Erfurt am 14. Oktober 2023. Der Kongress wurde umgesetzt von der UOKG in Kooperation mit dem Thüringer Archiv für Zeitgeschichte „Matthias Domaschk“ in Jena, mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Thüringer Staatskanzlei.

Die Grußworte des Bundesvorsitzenden der UOKG, Dieter Dombrowski, von Staatssekretärin der Thüringischen Staatskanzlei, Tina Beer, vom Thüringer Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Dr. Peter Wurschi und vom Vorsitzenden des Thüringer Archivs für Zeitgeschichte „Matthias Domaschk“, Andreas Ilse, signalisierten, dass verstanden wird, welche Bedeutung diesem bisher noch wenig beleuchteten Thema in der Aufarbeitung zukommen muss. Aber auch welche Verantwortung die Politik trägt, mit Blick auf die Folgen für die Insassen.

Die sich anschließenden fünf Fachvorträge gaben einen ersten Einblick in das Thema. Dr. Christian Sachse zeichnete die historischen Entwicklungen des Jugendstrafvollzugs seit dem Kaiserreich nach



Jugendhäuser im Augustinerkloster zu Erfurt am 14. Oktober 2023 – Dr. Peter Wurschi

und arbeitete die fortschrittliche gesetzliche Rechtsentwicklung der Weimarer Republik heraus, die im NS-Staat zerstört wurde und später in Justiz und Strafvollzug der DDR wenig Niederschlag fand.

Stefanie Falkenberg, Elisabeth Kohlhaas, Manfred Buchta und PD Dr. Udo Grashoff stellten mit den Jugendhäusern Hohenleuben, Torgau, Dessau-Wolfen, und Halle („Frohe Zukunft“) konkrete Haftorte vor

und referierten anhand von ausgewählten Quellen und historischen Fotos über Haftalltag, Haftbedingungen und Zwangsarbeit, denen die Jugendlichen ausgesetzt waren. Im darauffolgenden Podium kamen Zeitzeugen und Zeitzeuginnen zu Wort und teilten ihre Erinnerungen an ihre Zeit in Haft mit dem Publikum.

Mit welchen Chancen bei Rehabilitationsverfahren gerechnet werden könne,

darüber sprach am Nachmittag Ass. jur. Martina Kegel (UOKG), indem sie aktuelle Bewertungen vorstellte. – ein immens wichtiger Beitrag, insbesondere für die anwesenden Betroffenen, da Martina Kegel doch auf nicht wenige Fehler hinwies, die immer wieder bei der Anwendung des SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes auftreten und zur Folge haben, dass Anträge nicht bewilligt werden. Auch Gutachten stützen sich häufig auf fehlerhafte Informationen aus dem Internet. Hier sind jetzt die Historiker gefragt, die ihr Wissen um die Jugendhäuser teilen und veröffentlichen sollten, da den juristischen Entscheidungsträgern gut recherchierte und verlässliche Quellen fehlen, nach denen sie urteilen können. Udo Grashoff hat hier mit seiner im Oktober 2023 veröffentlichten Publikation zum Jugendhaus Halle bereits vorgelegt.



Dieter Dombrowski, Vorsitzender der UOKG

Der Kongress im Augustinerkloster zu Erfurt wollte auch ein Ort sein, der den Betroffenen eine Atmosphäre der Würdigung ihres Schicksals vermitteln sollte. Die Organisatoren der Veranstaltung,

die Moderatorin Isabell Fannrich-Lautenschläger und alle Unterstützer und Helfer hoffen, dass das gelungen ist.

Stefanie Falkenberg, DENKOrte, Jena

70 Jahre Hungerstreik 1953 der Frauen im Frauenzuchthaus Hoheneck

Gedenkveranstaltungen am 13. und 14. Oktober 2023 in Chemnitz und Hoheneck. Vor 70 Jahren wagten mutige Frauen im Frauengefängnis Hoheneck im erzgebirgischen Stollberg einen dreitägigen Hungerstreik. Politisch zu Unrecht von der sowjetischen Militäradministration zu sehr langen Haftstrafen verurteilte Frauen forderten die Überprüfung ihrer Urteile durch deutsche Gerichte. Arglos vertrauten sie der Gerichtsbarkeit der DDR und ahnten nicht, dass der Streik mit äußerst repressiven Maßnahmen niedergeschlagen, die Gründe ihrer Inhaftierung und Urteile nicht überprüft und ihre Menschenrechte missachtet wurden. Die Maßnahmen der Anstaltsleitung zur Zerschlagung des Hungerstreikes wurden den Strafgefangenen so bekannt gegeben. Zitat: „...dass der Streik als Störung der Anstaltsordnung aufgefasst wird, und wenn es sein muss, mit Zwangsmitteln niedergeschlagen wird“. Trotz allem fassten rund 1000 Frauen des Gefängnisses Hoheneck den Entschluss, Widerstand zu leisten und riefen zum „Hungerstreik auf Hoheneck auf“. Ohne zu essen und vor allem ohne zu sprechen revoltierten sie drei Tage gegen die Staatsmacht. Annemarie Krause war dabei, sie war eine von ihnen.

Mit einer Gedenkveranstaltung wurde vor Ort an diese mutigen Frauen erinnert. Das war der Anlass für das „Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur“ e.V., diese Gedenkveranstal-

staltung in Kooperation mit der Europa Kulturhauptstadt Chemnitz 2025 und Kulturkirche 2025 durchzuführen. Aus dem gesamten Bundesgebiet reisten viele ehemalige politische Häftlinge zu diesem Ereignis an. Am Freitagabend wurden die ehemaligen Hoheneckerinnen im Rahmen eines Empfanges herzlich begrüßt. Das Grußwort sprachen der Geschäftsführer der Kulturhauptstadt Chemnitz 2025 Kulturhauptstadtspfarrer Holger Bartsch sowie Kurator des „Purple Path“ Alexander Ochs. Letzterer zog eindrucksvoll eine Parallele vom Schicksal der Hoheneckerinnen in die heutige Zeit: „Wer hätte nach 1989 gedacht, dass die Welt noch einmal in einen solchen Zustand gerät: Kriege in Europa und im Nahen Osten, Hunger in Asien, Afrika, Diktaturen auf allen Kontinenten der Welt. Politische Gefangene gibt es laut Amnesty International noch immer in 48 Ländern der Welt. Im Iran, in Kuba, in Belarus. Mit der Kulturhauptstadt reagieren wir auf Europa und die Welt – auch deshalb werden wir Hoheneck und seine Geschichte einbeziehen.“ (Freie Presse v.14.10.2023, Autor R. Schilder, Projektreakteur Datenjournalismus).

Kulturhauptstadtspfarrer Holger Bartsch und Bettina Hain stellten ihrerseits ihr Portrait-Projekt vor. Hier kommt auch Annemarie Krause zu Wort an Hand ihres Porträts. Zitat Annemarie Krause: „Um auf uns aufmerksam zu machen,

riskierten wir diesen Hungerstreik“. Ihre Erinnerungen an den dreitägigen Hungerstreik 1953 sind Geschichte hautnah und wirken tief auf die Zuhörer.

Die ukrainische Künstlerin, Emilia Viktoria Lomakowa, spielte atemberaubend auf ihrem Cello, und die Emotionen wogen schwer. Anschließend gab es viel Zeit für Gespräche, vor allem mit Annemarie Krause, die an diesem Abend sehr glücklich war, diese Würdigung erfahren zu dürfen. Mit dabei waren auch Tochter Verena und Enkelin Patricia.

Die Gedenkveranstaltung am Samstag begann mit einem Gedenkgottesdienst in der Stollberger St.-Jacobi-Kirche. Der Stollberger Pfarrer Mattias Müller begrüßte die Teilnehmer und die Gemeinde. Musikalisch umrahmt wurde der Gottesdienst vom Jubilate Chor Chemnitz mit „Verdis Gefangenen Chor“. Ein Hochgenuss an Chorgesang und sehr berührend zugleich. Kulturhauptstadtspfarrer Holger Bartsch sprach in seiner Andacht über das Zusammenhalten der Frauen in Hoheneck und über die Freundschaften der Frauen untereinander, auch, wie sie sich in der schlimmen Zeit Geschenke machten. Zitat: Annemarie Krause „Wir haben uns immer mal was geschenkt.“

Anschließend fand die Gedenkveranstaltung im Bistro „Phänomenia“, dem





Annemarie Krause und Dr. Nancy Aris im Gespräch

umgebauten ehemaligen Speisesaal des Frauengefängnis Hoheneck, statt. Konstanze Helber, Vorsitzende des „Forums für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur e.V.“, übernahm die Begrüßung zu dieser Gedenk- und Erinnerungsveranstaltung. Eingeladen waren gleichfalls Schülerinnen und Schüler des Carl-von-Bach Gymnasiums Stollberg sowie die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Stollberg und seinen Teilorten. Alle kamen sehr zahlreich. Die musikalische Einstimmung zur Gedenkveranstaltung und während der Veranstaltung übernahm auch hier die wunderbare Cellistin und Komponistin Emilia Viktoria Lomakowa. Grußworte sprachen: Alexander Ochs, Kurator des Programms „Prayers + Angels“ in der Programmlinie Purple Move der Europäischen Kulturhauptstadt Chemnitz 2025 sowie Dr. Nancy Aris, Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Prof. Stefan Appellius, Projektleiter Gedenkstätte Hoheneck, informierte mit einem Einführungsvortrag über den Hungerstreik der Frauen 1953 im Gefängnis Hoheneck.

Frau Dr. Nancy Aris sagte im Grußwort: „Der Hungerstreik hatte auf lange Sicht Erfolg. [...] Die Frauen konnten nicht wissen, wie es für sie ausgeht, und wagten es trotzdem. Das ist Mut, der höchste Anerkennung verdient. Danach wurden sie gehört und gesehen. Die Aktion steht für die Macht der Ohnmächtigen und den Drang des Menschen nach Freiheit und Gerechtigkeit, das ist ihre hohe symbolische Bedeutung.“

Annemarie Krause, inzwischen 92 Jahre alt, erzählte den Zuhörern über das Erlebte, und, dass sie stolz darauf ist, diesen Hungerstreik für die Freiheit drei Tage lang im Oktober 1953 mit all den schon sehr lang inhaftierten und gesundheitlich geschwächten Frauen durchgehalten zu haben.

auch zu Künstlerinnen, die hier aus dem Nichts etwas geschaffen haben. So u.a. durch Arbeit mit der Hand, um aus dem mentalen Zustand ihrer Schmerzen herauszukommen, und ihrem Trauma zu begegnen. Auch das ist ein Thema der Kulturhauptstadt: der Ursprung der Kreativität. Warum können das manche ausleben, andere nicht?“

Annemarie Krause hat in filigraner Strickweise unter unvorstellbaren handwerklichen Bedingungen ein Spitzenhöschen gestrickt, wurde verraten und landete dafür im Arrest. Dieses Kunstwerk ist in der Ausstellung „Ich dachte, es gibt draußen keine andere Welt mehr“ in der Stadtbibliothek Stollberg zu betrachten.

Prof. Stefan Appellius, Historiker und Projektleiter der zukünftigen Gedenkstätte Frauengefängnis Hoheneck, berichtete in seinem Einführungsvortrag die genauen Zusammenhänge des Geschehens in all seinen Auswirkungen. Für die geplante Dauerausstellung zum Haftort hat er in Akten genau recherchieren können und

Alexander Ochs sprach vom Ort der Repression besonders eindrücklich. Zitat: „Das Frauengefängnis Hoheneck war Ort ihres Martyriums, ihres Widerstands, ihres Leidens und ihrer Liebe. [...] Viele von Ihnen landeten wegen der Liebe hier, Annemarie Krause etwa wegen ihrer Liebe zu einem jungen sowjetischen Soldaten. So eine einfache Geschichte! Die Russen wollten das nicht, Diktaturen mögen die Liebe nicht. [...] In Hoheneck wurden Frauen aber in ihrer Not

geforscht. Er hat herausgefunden, dass die Idee zum Hungerstreik in Hoheneck von überstellten Insassinnen aus der Bautzener Haftanstalt mitgebracht wurde. Dieser erste Hungerstreik fand bereits 1950 statt. Immerhin haben die Frauen ihren eigenen Hungerstreik 1953 nach diesem Vorbild geplant, dabei aber eine schweigende Protestform gewählt, um die Staatsmacht nicht zu Aggressionen anzustacheln. Die Frauen schwiegen und die Nahrungsaufnahme wurde mit dem Spruch „Ich habe keinen Hunger“ verweigert, so berichtete es Annemarie Krause.

Eingeladene Schülerinnen und Schüler des Stollberger Carl von Bach Gymnasiums „löchernten“ die Zeitzeugin mit vielen Fragen. Zum Beispiel: „Woher hatten die ausgemergelten Frauen diese Kraft, denn der Ausgang war doch mehr als ungewiss. Konnten sich alle aufeinander verlassen? Geduldig beantwortete Annemarie Krause alle Fragen: „Ja, die Frauen konnten sich aufeinander verlassen, denn sie teilten das gemeinsam Schicksal der ungerechten politischen Verfolgung. Sie waren jung und wollten ihr Leben nach ihren Wünschen gestalten können und sie wollten bei ihren Familien sein.“

Die sich anschließende Führung durch die zukünftige Gedenkstätte vermittelte den fast 100 Teilnehmern, darunter viele Stollberger Bürgerinnen und Bürger, bei dem Rundgang durch die Räumlichkeiten zur Dauerausstellung einen Eindruck für das Unfassbare. Das Zellenhaus im Erdgeschoss konnte besichtigt werden. Die menschenunwürdigen Haftbedingungen hinterließen eine schwere Stille unter den Teilnehmern, die sich das an den Frauen verübte Unrecht nicht vorstellen konnten.



Alle Fotos: Konstanze Helber

Rundgang in die Räumlichkeiten zur Dauerausstellung in der Gedenkstätte Hoheneck mit Prof. Appellius



Emilia Viktoria Lomakowa,
Cellisten und Komponistin

Die Schülerinnen und Schüler wunderten sich darüber, dass sie im Schulunterricht bisher fast nichts über das ehemalige Frauengefängnis erfahren hatten. Nach ihrer Meinung wurde auch in der Stollberger Stadtgesellschaft zuviel über die hoch über dem Ort thronende Burg, sichtbar für Jedermann, geschwiegen. Leider war kein offizieller Vertreter Stollbergs bei der Gedenkveranstaltung zugegen. Das Teilnahmeinteresse ehemaliger Inhaftierter, begleitet von Angehörigen und Freunden, war dagegen sehr groß und überstieg die Platzkapazitäten. Die ehemaligen Häftlingsfrauen vergaßen und vergessen keine ihrer Haftkameradinnen und würdigten diese zum

Ausklang mit einer Kranzniederlegung am Gedenkstein mit der Mahnung an zukünftige Generationen, die Menschenrechte nie zu missachten. Auch hier spielte die wunderbare Cellistin Emilia Viktoria Lomakowa andächtige Musik zum Gedenken an die uns unvergessenen Frauen.

Die Gedenkstätte Frauengefängnis Hoheneck soll im kommenden Jahr eröffnet werden.

Konstanze Helber, Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur e.V. – „Hungerstreik – Drei Tage im Oktober 1953“.

„Dass ich das noch erleben durfte ...“

Zur Erklärung der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz zu Eckart Giebeler (1925-2006). Der Artikel ist in „die Kirche“ Nr. 47 vom 19. November 2023 auf Seite 1 erschienen.

Beim Blick aus dem Fenster auf den Gefängnishof entdeckte der Theologiestudent einen Mann im Talar. Schon der vertraute Anblick eines Pfarrers in dieser für den Studenten belastenden Situation gaben Halt, so seine Erinnerung. Der Pfarrer war Eckart Giebeler. Von 1953 bis zum Ende der DDR tat der Geistliche als Gefängnisseelsorger in Brandenburg an der Havel und verschiedenen DDR-Gefängnissen seinen Dienst.

Unbekannt war dem Theologiestudenten und vielen anderen Inhaftierten, die Hilfe und Unterstützung bei dem Seelsorger suchten, dass er nicht im kirchlichen Auftrag diesen Dienst tat, sondern beim DDR-Innenministerium angestellt war. Zudem arbeitete er seit 1959 für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) als Inoffizieller Mitarbeiter (IM). 1990 wurde er wie andere Bedienstete des Strafvollzugs vom Brandenburger Justizministerium übernommen. Als seine Stasi-Tätigkeit 1992 aufgedeckt wurde, beendete das Ministerium umgehend das Dienstverhältnis. Wie die Evangelische Kirche zu Eckart Giebelers Tätigkeit als Gefängnisseelsorger und IM heute steht, ist Gegenstand einer Erklärung der Kirchenleitung, die am 05. November bei einem Gottesdienst in der Berliner St. Marienkirche verlesen wurde. (Die Kirche, Nr. 46, S. 9)

Die Kirchenleitung der EKBO bekennt sich darin zu ihrer Verantwortung all

denen gegenüber, über die Eckart Giebeler als „IM Roland“ unter Bruch des seelsorgerlichen Schweigegebots systematisch an das MfS und das Innenministerium berichtet und nicht wenigen geschadet hat.

Für viele der Betroffenen, die Giebeler als Seelsorger vertraut hatten, war die Offenbarung über den Vertrauensbruch ein tiefer Schock. Unverständnis und Verbitterung entstanden aber auch dadurch, dass sich die Kirche nach Bekanntwerden seiner Zusammenarbeit mit dem MfS nicht an ihre Seite stellte. Stattdessen gewährte sie Giebeler Anspruch auf Versorgungsbezüge, stockte die staatliche Rente auf Pensionshöhe auf und gratulierte zu Ordinationsjubiläen.

Eine klare Entschuldigung für Giebelers Verrat und das Verhalten der Berlin-Brandenburgischen Kirche nach seiner Enttarnung gibt es in der Erklärung nicht. Doch Bischof Stäblein benennt das Versagen in seiner Predigt: „Wir haben es lange nicht geschafft, Euch, die Ihr das ertragen musstet, die Ihr darunter gelitten habt, Ihr, deren Leben anders hätte verlaufen können und anders gewesen wäre ohne diesen Verrat, wir haben es zu lange nicht geschafft, das auszusprechen, das zu sehen, zu hören.“

Für die Glaubwürdigkeit der Kirche ist die öffentliche Erklärung im Gottesdienst von großer Bedeutung. Die Kirchenleitung kam damit dem Wunsch ehemals Inhaftierter nach, die der Bischof im Dezember 2022 zu einem Gespräch eingeladen hatte. Als Aufarbeitungsbeauftragte des Landes Brandenburg habe ich diesen Prozess begleitet und unterstützt.

Aus der Beratung politisch Verfolgter wissen wir, wie wichtig es für sie ist, das ihnen angetane Unrecht öffentlich zu benennen. Die Hoffnung, dass sich die Kirche dem stellen würde, hatten sie schon aufgegeben. Umso bedeutsamer und entlastender war dieser wichtige Prozess. Ein Betroffener fasste es in die Worte, „Dass ich das noch erleben darf, dass mich mein Bischof, meine Kirche anhört!“

In ihrer Erklärung verpflichtet sich die Kirchenleitung, die Aufarbeitung der Geschichte vor 1989 über den konkreten Fall der MfS-Tätigkeit von Giebeler hinaus fortzuführen. Ja, dem stimme ich ausdrücklich zu. Da stellen sich Fragen, wie kirchliche Amtsträger sich für staatliche Interessen vereinnahmen ließen, wie mit Ausreiseartragstellern umgegangen wurde, für ausreisende Pfarrer Ordinationsrechte infrage standen oder wie mit offener Jugendarbeit in der Kirche umgegangen wurde.

Dr. Maria Nooke, Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

Kontakt:
E-Mail: aufarbeitung@lakd.brandenburg.de
de / www.aufarbeitung.brandenburg.de

Link zu Erklärung und zur Predigt von Bischof Dr. Stäblein
https://www.ekbo.de/themen/detail/nachricht/gottesdienst-mit-oeffentlicher-erklaerung-der-kirchenleitung-zur-taetigkeit-von-eckart-giebeler.html?tx_news_pi1%5BbackPid%5D=1011&cHash=2efc8565a11f239bbc20308b83f60e28

Jugend „stürmt“ Veranstaltung – Die stummen Opfer überwiegen

Das zwanzigste Jahrhundert war ein Jahrhundert der Diktatoren und Demagogen. Das Unrecht, das geschehen ist, ist nicht messbar und immer noch nicht vollends aufgearbeitet. Die politische Haft in den



Dr. Karl-Heinz Bomberg, André Rohloff

Gulags, in der Sowjetischen Besatzungszone, in der DDR, hinterließen dauerhafte Spuren im Leben und danach.

Vor diesem Hintergrund organisierten die Vereinigung der Opfer des Stalinismus / Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus e.V. (VOS e.V.), der CDU-Stadtverband Neubrandenburg, die Frauenunion und die Jungen Union aus dem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte am 07. November 2023 eine Veranstaltung „SEELISCHE NARBEN – Freiheit und Verantwortung in den Biografien politisch Traumatisierter der SBZ/

DDR-Diktatur (1945-1989)“ mit Dr. Karl-Heinz Bomberg. Mit dieser Veranstaltung wurde der politischen Opfer gedacht, die durch die kommunistische Gewaltherrschaft verfolgt, verschleppt, inhaftiert oder hingerichtet wurden und bis heute an den Folgen leiden. Dr. Karl-Heinz Bomberg zeigte sich beeindruckt von den vielen anwesenden jungen Menschen, die interessierte Nachfragen stellten.

Der stellvertretende Landesvorsitzende der VOS e.V. bedankte sich im Namen des Bundesvorstandes der Vereinigung der Opfer des Stalinismus / Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus e.V. bei Dr. Bomberg mit einer Dankesurkunde „Dank und Anerkennung für die langjährige therapeutische Behandlung von Menschen die unter der kommunistischen Diktatur gelitten haben.“

Das Leid und Unrecht, was diese Menschen erfahren haben, kann nie wieder gut gemacht werden. Das Gedenken an die Zeit von Unfreiheit und Diktatur ist unverzichtbar und sollte fester Bestandteil in Neubrandenburgs Stadtgeschichte sein. Die vielen anwesenden jungen Menschen haben gezeigt, dass das Schicksal der politischen deutschen Opfer nicht in Vergessenheit geraten wird. Vor der Veranstaltung zeigte der stellvertretende Landesvorsitzende der Vereinigung der Opfer des Stalinismus / Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

e.V. Herr André Rohloff – Dr. Karl-Heinz Bomberg das ehemalige Areal des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in Neubrandenburg (NB).

Das MfS-Areal in NB, war nach Berlin-Hohenschönhausen das zweitgrößte in der DDR. In Neubrandenburg steht eine in ihrem Typ einzigartige Haftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit. Sie sollte Vorbild für folgende geplante Bauten in der DDR werden, die glücklicherweise nicht mehr errichtet werden konnten. Dr. Bomberg meinte: Erinnerung, Mahnung und Aufarbeitung sollte an historischen authentischen Orten erfolgen.

André Rohloff, VOS e.V.



André Rohloff zeigt Dr. Karl-Heinz Bomberg das Areal des MfS in Neubrandenburg

Besuch in der Gedenkstätte Münchner Platz in Dresden

Dass in diesem Gebäude die Hinrichtungsstätte der NS-Justiz gewesen ist, dass wissen heute viele. Dieses Wissen hat sich logischerweise durch die politische Entwicklung in Deutschland so verbreitet. Die Verbrechen der Sowjets/der Russen an diesem grausamen Ort wurden von der SED totgeschwiegen und nach 1990 von führenden westdeutschen Historikern unterdrückt.

Wir waren daher als wir am 21. August 2023 gemeinsam die Gedenkstätte besuchten, daran interessiert, wie sich in der aktuellen Gestaltung der Gedenkstätte nach über 30 Jahren Deutsche Einheit die wahre Geschichte ab 1945 widerspiegelt. Natürlich war das Schwergewicht

der Ausstellung auf die NS-Verbrechen gelegt, das ist zu erwarten gewesen. Aber angenehm überraschte man uns darin, dass im Teil der Hinrichtungs- und Verbrechen Geschichte der Sowjets und der DDR nicht viel Falsches dargestellt wurde. Es ist ein Bemühen um Objektivität spürbar.

Allerdings müssen wir einzelne Sätze in der Wandgestaltung im Erdgeschoss kritisieren: Im zweiten Satz einer Beschriftung heißt es z.B.: „Die sowjetische Geheimpolizei konzentrierte sich anfangs darauf, Menschen vorbeugend zu verhaften, die sie wegen ihrer Rolle im Nationalsozialismus für gefährlich hielt.“ Dieser Satz entspricht nicht der historischen Wahr-

heit. Die Fakten sprechen dagegen. Denn wieso sollte z.B. der hier 1945 inhaftierte 22-jährige John Noble, der Sohn eines Kamerafabrikanten in Dresden gefährlich gewesen sein wegen seiner Rolle im Nationalsozialismus, noch dazu, wo er amerikanischer Staatsbürger war?

Schon die Tausenden 12-18-Jährigen, die in solchen Gefängnissen wie am Münchner Platz und in den Speziallagern nach 1945 gefangen gehalten, gefoltert und ermordet wurden, konnten allein schon durch ihr Alter (Sie waren Schüler!) keine Rolle im Nationalsozialismus gespielt haben. Oder nehmen wir den neunjährigen Jungen, den die Russen 1945 im Gefängnis Münchner Platz gefangen hielten und

grausam folterten, wie John Noble schilderte. Was konnte der mit nationalsozialistischen Verbrechen zu tun haben? Es sind somit weitgehend willkürliche Verhaftungen gewesen. Auch Klaus Rümmlers Vater, von dem die Haft-Unterlagen der Gedenkstätte zur Verfügung gestellt wurden und der zwar Mitglied der NS-DAP, aber ein ganz normaler Berufsschullehrer war, kann nicht als Naziverbrecher bezeichnet werden.

All diese Menschen waren keine Gefahr für die Gesellschaft und keine Gefahr für die Besatzungsmacht. Sie wurden wie gesagt willkürlich oder aufgrund von Denunziationen verhaftet und ermordet.

Bemängelt muss auch werden, dass ein so wichtiger Zeitzeuge der Gedenkstätte Münchner Platz wie John Noble zwar im Bild in der Gedenkstätte zu sehen ist, aber seine Bücher und sein Film nicht

den Besuchern zur Verfügung stehen und auch nicht darauf hingewiesen wird. John Noble musste in seiner Haftzeit im Gefängnis Münchner Platz Kartei führen, hatte also Einblick in Totenlisten, Erschießungen usw. Warum sind sein Buch „Der internationale GULAG“ und seine Aussagen nicht Gegenstand der Ausstellung?

Unter dem Bild von John Noble in der Ausstellung heißt es, dass ein Mitarbeiter 1990 vermerkte, dass der Museumsführer von 1952 neu geschrieben werden müsse (Auch John Noble forderte das.). Wer war der Mitarbeiter? Aktuell gibt es keinen Museumsführer. Wenn ein anderer Satz an der Wand noch aussagt: „Andere wurden wegen ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen Beteiligung an NS-Verbrechen inhaftiert“ – so wird doch durch solche Sätze dem Besucher immer wieder suggeriert, das wahrscheinlich viele Nazi-verbrecher in solchen Gefängnissen oder

in den Speziallagern waren. Das entspricht aber nicht den Tatsachen. Denn in der Ausgabe 4/2000 der VOS-Zeitschrift „Freiheitsglocke“ wird sogar der Mitarbeiter der Geschäftsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten Dr. Müller auf einem Forum der Konrad-Adenauer-Stiftung zitiert. Dieser führte dort aus, dass der Anteil von NS-Verbrechern nur ein Prozent betrug. Das ist also aktenkundig belegt und beruht auf Forschungen der Stiftung Sächsische Gedenkstätten! Auch meine eigenen Forschungen (siehe auch mein Buch „GEWALT tschechisch“ Verlag „tredition“ Hamburg), belegen das. Wir fordern daher, dass solche Erkenntnisse und die Erinnerungen des Zeitzeugen John Noble in der Gedenkstätte ihren Niederschlag finden! John Noble ist darüber hinaus eine wichtige Persönlichkeit der Geschichte Dresdens.

Dr. Bernd Müller-Kaller und Karl Mantau

Aus der Arbeit der SED-Opferbeauftragten

Liebe Leserinnen und Leser
des Stacheldrahts,

zahlreiche Opfer des SED-Regimes leiden auch heute noch unter den gesundheitlichen Langzeitfolgen der politischen Repression. Neben den körperlichen Schäden, vor allem ausgelöst durch die Bedingungen in der Haft und die dort geleistete Zwangsarbeit, treten zunehmend auch psychische Erkrankungen wie Angststörungen oder Posttraumatische Belastungsstörungen in den Vordergrund. Die schlechte gesundheitliche Situation wirkt sich ganz konkret auf das Leben der Betroffenen aus. Beispielsweise berichtete mir ein Mann aus Sachsen, der als Jugendlicher im Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau inhaftiert war, dass er bis heute keinen öffentlichen Nahverkehr nutzen könne. Das Gefühl, mit vielen Menschen auf engem Raum zu sein, sei für ihn nicht auszuhalten und führe zu Beklemmungsgefühlen und Angstzuständen.

Immer wieder wenden sich jedoch Betroffene an mich und berichten mir, dass ihre verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden durch die Versorgungsämter nicht anerkannt werden. Der Zugang zu oft dringend benötigten Hilfen und Leistungen bleibt ihnen so verwehrt. Daher setze ich mich für eine grundlegende Vereinfachung des Anerkennungsverfahrens ein. In vielen Beratungen erhielt ich fraktionsübergreifende Unterstützung für

meinen Vorschlag einer grundsätzlichen Neuordnung des Verfahrens.

Insbesondere der Nachweis der Kausalität zwischen der Repressionserfahrung und dem heutigen Gesundheitsschaden stellt für viele Betroffene eine hohe, oftmals nicht zu überwindende, Hürde dar. So berichtete mir beispielhaft eine Betroffene, die als junge Frau im Frauenzuchthaus

Hoheneck inhaftiert war, davon, dass das zuständige Versorgungsamt keinen Zusammenhang zwischen ihrer heutigen Angststörung und der damaligen Inhaftierung sehe. Aus Sicht des Amtes ist die wenige Jahre zurückliegende Trennung von ihrem Mann und der damit zusammenhängende Verlust des gemeinsamen Hauses ursächlich für die heutige Erkrankung.



Foto: Michael Wittig

Am 15.11.2023 fand mit der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag ein erstes Arbeitsgespräch mit dem Vorsitzenden der UOKG, Dieter Dieter Dombrowski und Nils Schwiderski, Mitarbeiter der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag, statt.



Zupke Evelyn. © DBT Inga Haar

Eine wesentliche Verbesserung ließe sich für die Betroffenen dadurch erreichen, dass bei Vorliegen klarer Voraussetzungen, der Zusammenhang zwischen dem schädigenden Ereignis – also der politischen Verfolgung – und der Gesundheits-

störung vermutet wird. Vorbild ist für mich hier eine bereits existierende Regelung im Bereich des Soldatenrechts, die Ausdruck der Fürsorgepflicht des Staates gegenüber seinen Soldaten ist. Eine besondere Fürsorgepflicht, die für die Bundesrepublik Deutschland ebenfalls gegenüber den Opfern der SED-Diktatur besteht.

Daneben ist es aus meiner Sicht ganz entscheidend, das eingesetzte Personal in besonderer Weise zu den Strukturen der SED-Diktatur und den Auswirkungen auf die Betroffenen zu schulen und dahingehend zu sensibilisieren. So muss ich beispielsweise immer wieder feststellen, dass davon ausgegangen wird, dass die Gründe für die Inhaftierung zwar politisch motiviert waren, die Haftbedingungen jedoch denen in einer Demokratie nicht unähnlich waren.

Damit dieses wichtige Thema auch im Bundestag mehr Wahrnehmung findet, habe ich für Dezember Betroffene sowie Experten aus Politik, Wissenschaft und Praxis ins Parlament eingeladen. Ich möchte den Bundestagsabgeordneten die gesundheitliche Situation der Opfer und die hohen Hürden, mit denen sie im Rahmen des Anerkennungsverfahrens regelmäßig konfrontiert werden, darstellen sowie mögliche Lösungsansätze aufzeigen. Über die weiteren Beratungen im Bundestag halte ich Sie sehr gerne hier im Stacheldraht weiter auf dem Laufenden.

Ihre Evelyn Zupke

E-Mail:

sed-opferbeauftragte@bundestag.de

Deutscher Bundestag –

SED-Opferbeauftragte

Aus meinen Lebenserinnerungen – Bausteine (m)eines Lebens

Ein Pelzmützentransport

Am 31. Januar 1947 setzte sich in Fürstenwalde an der Oder ein langer Güterzug aus Viehwaggons in Bewegung, in dem hunderte Männer und Jugendliche eingepfercht waren. Darunter war auch ich, damals 17 Jahre.

Die Insassen stammten aus den sowjetischen Speziallagern Jamlitz und Ketschendorf, wo sie nach einer Untersuchung durch sowjetische Militärärzte ausgesucht worden waren. Diese bestand darin, dass kurz in eine Pobacke gekniffen wurde. Das Lager Ketschendorf, aus dem ich kam, war von den Sowjets Ende April 1945 schon vor Ende der Kampfhandlungen in der Wohnsiedlung der Reifenwerke Fürstenwalde eingerichtet worden. Diese war Anfang der vierziger Jahre bezogen worden und war für etwa 500 Bewohner gedacht. Im Höhepunkt der Belegung, Mitte 1946, befanden sich mehr als 10.000 Gefangene darin. Davon waren 315*, das entspricht etwa drei Prozent, ausgesucht worden. Bei einem Zwischenaufenthalt in Brest-Litowsk, an der polnisch-russischen Grenze, wurden davon nach einer medizinischen Nachuntersuchung 92* nach Deutschland zurückgeschickt, jedoch nicht entlassen, sondern in andere sowjetische Speziallager, z. B. Buchenwald, eingeliefert. Zu den 223, die weiterfahren, gehörte ich.

In ‚meinem‘ Viehwaggon gab es an den Stirnseiten in etwa 50 cm Höhe jeweils eine Bretterlage, auf denen Männer lagen. Da wir etwa 50 Personen im Waggon waren, hatten nicht alle Platz darauf. So saß ich auf dem Waggonboden an der Längswand, immer mit angezogenen Beinen. Wegen der Enge konnte ich die nicht ausstrecken. In Ketschendorf hatten wir nach der Absonderung von den anderen Gefangenen Winterbekleidung erhalten, darunter eine Pelzmütze, wovon später der Name Pelzmützentransport abgeleitet wurde, und einen Luftwaffenmantel, der mir viel zu lang war, bei 1,62 m, mir aber jetzt guttat, denn ich ihn wickelte ich mich ein wie in ein Schneckenhaus. Ich hatte dafür meinen dicken Stoffmantel hergeben müssen, den ich, zu meinem Glück, bei meiner Verhaftung am 24. Oktober 1945 in meinem Heimatort Großbräschen mitgenommen hatte. Auf ihn hatte ich liegen können, denn in Ketschendorf gab es in dem Keller, in dem ich einziehen konnte, nachdem ich in der ersten Zeit auf der Betontreppe zum Keller hatte schlafen müssen, nur eine Bretterlage in etwa 1 m Höhe. Matratzen, Strohsäcke oder Bettzeug gab es nicht. Jungen, die im Sommer verhaftet worden waren, also nur dünne Sommerkleidung anhaten, bekamen bald durchgelegene Stellen an den Beckenknochen. Wenn es jemand wegen zu starker Schmerzen nicht mehr aushalten konnte, mussten



Wolfgang Lehmann. Die Aufnahme wurde im Mai 1950 unmittelbar nach meiner Heimkehr vom Fotografenmeister Willy Jockel in Großbräschen gemacht.

sich alle umdrehen, denn wir lagen ‚gepackt‘ wie Ölsardinen alle auf einer Seite, die Beine leicht angezogen.

Bald nach unserer Abfahrt fing man an nachzudenken, wo die Fahrt wohl enden könnte, denn gesagt hat uns das niemand. Schon im Lager gab es immer wieder Gerüchte, die ‚Parolen‘ genannt wurden. Jetzt wurde gemunkelt, wir würden zur Oderregulierung gebracht werden, worunter ich mir nichts vorstellen konnte. Als die Fahrt immer weiter ging, hieß es, wir kämen nach Ostpreußen, um dort im Frühjahr die Felder zu bestellen (nach deutscher Gründlichkeit muss ja Ordnung

sein), denn wir wussten ja alle um die Vertreibung der dortigen Menschen durch die Sowjets und Polen.

An den Zwischenaufenthalt in Brest-Litowsk habe ich keinerlei Erinnerungen. Auf der Weiterfahrt durch die Sowjetunion gab es nur einen Halt in Moskau, wo wir in einem Bad uns waschen konnten. Während dieser Zeit wurde unsere Kleidung ‚entlaust‘, d. h. einer Heißluftbehandlung ausgesetzt, wodurch Ungeziefer abgetötet werden sollte. Bis zu unserer Ankunft in Sibirien am 06. März 1947 habe ich den Waggon sonst nicht verlassen dürfen. Außer den schon beschriebenen Bretterlagen gab es noch einen gusseisernen Ofen mit senkrechtem Rohr durch das Waggondach und einen offenen Blechbottich für die Notdurft, beide in Waggonmitte. Außerdem steckte in einer Außenwand eine hölzerne Rinne zum Pinkeln. Fenster gab es keine, aber durch das Loch der Pinkelrinne und durch Ritzen in den Wänden konnten wir Tag und Nacht erkennen.

In unregelmäßigen Abständen hielt der Zug und wir bekamen zu essen und zu trinken. Ob es Suppe gab, weiß ich nicht mehr, denn wir hatten ja keine Geschirre dafür, aber an Trockenbrot kann ich mich genau erinnern. Das waren ganz harte Brocken, die man nicht zerbeißen konnte, sondern im Mund aufweichen musste. Da hatte man lange etwas im Mund. Zum Trinken gab es Tee, aber nur ganz selten, wodurch der Durst immer schlimmer wurde. Wenn ich heute lese, man solle am Tag wenigstens zwei Liter Flüssigkeit trinken, dann ist es verwunderlich, dass wir die 35 Tage Fahrt überlebt haben, denn in dieser Zeit habe ich wohl keine 10 Liter trinken können. Einige fingen an, ihren Urin zu trinken. Schließlich leckten wir den Reif an den Wänden ab. Dafür wurde jedem vom Waggonältesten eine bestimmte Fläche zugeteilt. Manchmal bekamen wir sogar Salzheringe, die wir gierig verschlangen, aber den Durst noch verstärkten.

Unser Waggonältester hieß Peter Menzer, ein Mensch von adliger Haltung. Er war wohl Offizier in der Wehrmacht gewesen und sprach fließend russisch. Wer russisch sprach, hatte immer Vorteile, denn diese Leute bekamen irgendeinen ‚Posten‘ zu ihrem Vorteil. Peter war dann im Lager in Sibirien in der Buchhaltung, wie ich es nennen möchte, wo z. B. unsere Löhne bearbeitet wurden. Dann war da noch Benno Lange, wohl ebenfalls ein Wehrmachtsoffizier mit russischen

Sprachkenntnissen. Aus unserem Ketschendorfer Jugendhaus kann ich mich nur an Adolf Lebküchler erinnern, der aus Lemberg stammte und ebenfalls fließend russisch sprach. Ihn habe ich nach der friedlichen Revolution 1989 auf abenteuerliche Weise in Leipzig wiedergefunden. Ebenso fand Herbert Scherner (aus dem Lager Jamlitz) 2002 zu mir, der auf der ganzen Fahrt neben mir gesessen hatte, ohne dass wir unsere Namen kannten, dann aber bis zu seinem Tode 2011 freundschaftlich verbunden waren.

Als ich in Novosibirsk auf dem Bahnhof das Tuten der Lokomotiven hörte, die wie Schiffssirenen klangen, glaubte ich, in Wladiwostock am Pazifik zu sein. Ich hatte ja keine Vorstellung von der unendlichen Weite dieses riesigen Landes. Endlich wurden am 06. März die Türen zum Aussteigen geöffnet. Eine raue Stimme rief: „Sibir, aussteigen!“ Ich fiel vornüber in den Schnee, weil ich wegen des dauernden Sitzens so steif war, dass ich nicht stehen konnte. Sofort schaufelte ich wie wild Schnee in meinen Mund. Die sowjetischen Bewacher trieben uns jedoch hoch und schlugen sogar mit Gewehrkolben auf uns ein, zu unseren Gunsten, denn wir wären sonst an dem Schneewasser gestorben. Im Lager trank ich dann mehrere große Blechschüsseln mit Wasser leer.

Von Mensch zu Mensch

Es war ein warmer Spätfrühlingstag 1949. Ich war gerade 20 Jahre alt geworden und befand mich im dritten Jahr als

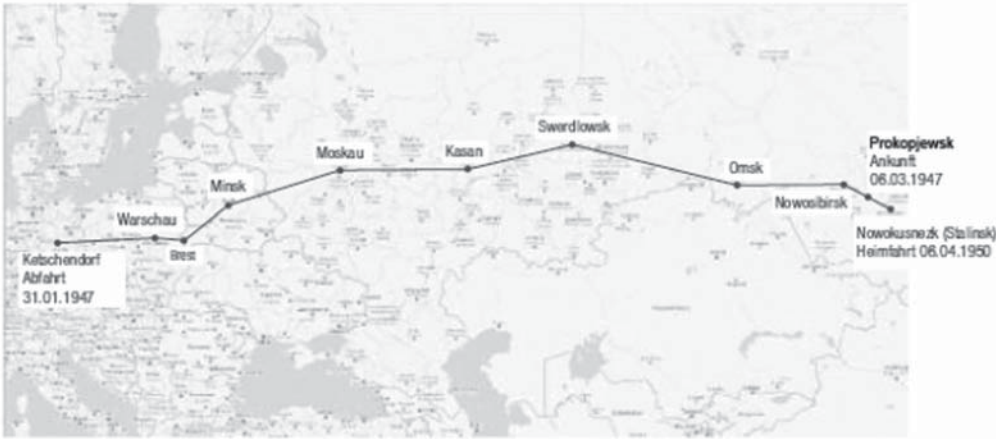
Zwangsarbeiter in einem der berüchtigten Lager des Gulag-Systems, mit dem die Sowjetherrschaft die Menschen ihres Landes in Angst und Schrecken hielt, in der Nähe der Stadt Prokopjewsk in Mittelsibirien. Im März 1947 bei unserer Ankunft hatte ich Glück, dass ich einem Sägewerkskommando zugeteilt wurde. Die dort zu zersägenden Baumstämme wurden in offenen Hochbordwaggons angeliefert, die anschließend mit Steinkohle aus den dortigen Schächten beladen wurden. Wenn so ein Zug angekommen war, sollte er so schnell wie möglich entladen werden. An Sonntagen wurden immer Freiwillige gesucht, da Sonntag arbeitsfrei war. Wir waren mit unserer Arbeit schnell fertig geworden und konnten uns auf dem Bahndamm ausruhen, bevor wir von der sowjetischen Wachmannschaft in unser Lager zurückgeführt wurden.

Einer dieser Soldaten saß etwas abseits auf dem Bahndamm und hatte den Kopf auf seine Hände gestützt. Beim genaueren Hinsehen bemerkte ich, dass er weinte. Neugierig ging ich hin, setzte mich daneben und legte meine Hand auf seine Schulter. Mit tränenerfüllten Augen schaute er mich überrascht an. Er hätte heute eigentlich dienstfrei gehabt und sich mit seinem Bruder in der Stadt unten im Tal treffen wollen, den er schon längere Zeit nicht mehr gesehen hatte und der nur heute dort weilte. Er hatte es dem diensthabenden Offizier gesagt, aber der befahl ihn zum Sondereinsatz mit uns.

Da saßen nun nicht der Sowjetsoldat mit seiner Maschinenpistole auf den Knien, »



Sibirer (Aufnahme 1950 in Sibirien entstanden). Von links: Arnold Philipp (Lager Fünfeichen), Kurt, Hermann Burger (Emmendingen), Klaus Kurth (Lager Fünfeichen).

Transportweg zur Zwangsarbeit
nach Sibirien ca. 5000 Bahn-km

Die Skizze des ‚Reiseweges‘ ist aus meinen Dokumentationen zu den Ketschendorf-Ausstellungen 2009 in Rimbach und 2011 in Hep

mit der er mich möglicherweise erschossen hätte, wenn ich weglaufen wäre, und der Zwangsarbeiter mit der Angst, nie wieder nach Deutschland heimkehren zu dürfen, sondern ein junger Mann mit seinem Kummer und ein anderer mit tiefem Mitleid für ihn. Allein, dass ich mich zu ihm setzte und die Hand auf seine Schulter gelegt hatte, tat ihm offensichtlich gut.

Dazu fällt mir heute unser berührendes Kirchenlied ein:

„... kümmert uns ein fremdes Leiden,
Herr, so gib Geduld zu beiden!“

Etwas mehr als drei Jahre sollte es dauern, bis wir, wieder in Viehwaggons, aber unverschlossen, die Heimreise nach Deutschland antreten durften. Am 01. Mai 1950 rollte der Zug über die Oderbrücke in Frankfurt. Es war für mich, mit nunmehr 21 Jahren, wie ein zweiter Le-

bensanfang nach meiner Geburt, ohne Lehre, ohne Schulabschluss und ohne Vater, der war seit März 1945 als Soldat vermisst und ist es bis heute geblieben.

Aufarbeitung

1998 wurde von der Lagergemeinschaft Ketschendorf, die sich sofort nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Gewaltherrschaft gebildet hatte, das Buch ‚Die Straße, die in den Tod führte‘ herausgegeben. Bearbeitet wurde es auf wissenschaftlicher Grundlage von dem (nicht betroffenen) Historikerehepaar Jan und Renate Linpinski. Es ist längst vergriffen. Da in ihm das Schicksal der ‚Pelzmützen‘ nicht behandelt ist, rief unser Kamerad Werner Teltow auf, unsere Erinnerungen niederzuschreiben. Dem sind 14 Kameraden gefolgt. Das von ihm bearbeitete Buch ‚Pelzmützentransport‘

wurde 2002 ebenfalls von der Lagergemeinschaft Ketschendorf herausgegeben und ist auch vergriffen. Die mit * gekennzeichneten Daten stammen daraus.

Unser Gedenken sollte allen Opfern „der kommunistischen Gewaltherrschaft“ gelten und nicht auf die „DDR-Geschichte“ beschränkt werden, wie es auf Seite 16 der letzten Ausgabe des Stacheldrahtes angeregt wird. Auch ich konnte lange nicht über mein Schicksal sprechen, was selbst die Psychologen in der Charité nicht erklären konnten. Erst nach vielen Vorträgen, vor allem vor Schülern und den Gesprächen mit ihnen, löste sich meine innere Spannung. Das Wertvollste für mich ist, dass ich dadurch jegliche Gedanken an Vergeltung oder gar Rache verloren habe und innerlich befreit bin.

Seit mehr als 20 Jahren bin ich als Zeitzeuge in Wort und Schrift tätig, damit unsere Schicksale vor dem Vergessen bewahrt werden. Aufgeschrieben von Wolfgang Lehmann im Hornung 2022 im 93. Lebensjahr. Aus der Erinnerung niedergeschrieben im Januar 2017 im 87. Lebensjahr, überarbeitet im November 2023 im 95. Lebensjahr.

Buchempfehlungen: Annerose Matz-Donath: Die Spur der roten Sphinx – Deutsche Frauen vor sowjetischen Militärtribunalen, S. Bublies Verlag Schnellbach 2000, 480 Seiten, ISBN: 978-3926584113; Wolfgang Lehmann: Die Straße, die in den Tod führte. Buch im Selbstverlag (2009), 48 Seiten, https://tu-prints.ulb.tu-darmstadt.de/1870/1/Dokumentation_Wolfgang_Lehmann_1.pdf.

Nachruf auf Christa Kirchner

Die Gruppe der in sowjetischen Speziallagern geborenen Kinder trauert um Christa Kirchner, die am 11.11. 2023 im Alter von 99 Jahren verstorben ist. Christa Kirchner war mit dem Journalisten Horst Kirchner verheiratet. Beide wurden im April 1946 auf einer Reise nach Dresden unter dem Vorwurf der Spionage und antisowjetischen Propaganda verhaftet. Während Horst Kirchner zu 20 Jahren Strafgefangenschaft verurteilt und nach Bautzen gebracht wurde, wurde seine schwangere Ehefrau ohne ein Urteil in das Lager Sachsenhausen eingeliefert. Hier brachte sie ihre Tochter Barbara als erstes Mädchen im Lager auf die Welt. Mutter und Tochter überlebten das Lager

und wurden 1950 mit dessen Schließung entlassen, während Horst Kirchner noch bis 1956 in Bautzen inhaftiert blieb. Später zog die Familie nach Salzburg.

Christa Kirchner engagierte sich nach ihrer Entlassung aktiv an der Aufarbeitung des kommunistischen Unrechts und hat ebenso wie ihre Tochter immer wieder in öffentlichen Veranstaltungen darüber berichtet. Barbara ist Beiratsvorsitzende der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten.

Mit Christa Kirchner verlieren wir die letzte Mutter, die als Zeitzeugin noch authentisch über diese Zeit berichten konnte. Ihr Tod reißt eine weitere große Lücke



Christa Kirchner

in unsere Reihen, die wir kaum schließen können. Wir werden sie nicht vergessen.

Alexander Latotzky,
Vorsitzender des Bautzen-Komitees

Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e.V. (ARE) informiert

Da wir in der nächste Zeit im Zuge der neueren und vertraglich vereinbarten Zusammenarbeit mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur besondere Themen verstärkt in den Vordergrund rücken, möchten wir unsere nächsten Schwerpunktthemen zur Kenntnis geben:

- Die sogenannte Industrie- und Wirtschaftsreform in der SBZ, wie sie durch den sogenannten sächsischen Volksentscheid und die Verfolgung von Unternehmern stattgefunden hat (auch im sowjetischen Sektor von Berlin)
- Zur sogenannten „demokratischen Bodenreform“ in der SPZ. (Hierbei müsste jetzt auch über die gesetzgeberische Entwicklung und praktische Anwendung der Bodenreformverordnungen gesprochen werden, um das praktizierte Unrecht juristisch einordnen zu können)
- Wirtschaftsstrafverfahren und Strafverfahren vor dem Hintergrund des SMAD-Befehls Nr. 101, Sonderstrafgerichten und z.B. „Waldheim-Verfahren“
- Strafrechtliche Aktionen wie z.V. „Aktion Rose“, ebenfalls „Aktion Oberhof“ und weiter Schauprozesse
- Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze
- Zwangskollektivierung

Es geht uns vor allem aber darum, die oft abweichende Praxis bundesdeutscher Gerichte darzustellen. Mit der Homepage www.Richterkontrolle.de über das Anwaltsbüro Dr. Lieser aus Köln wurde bereits ein beachtliches Echo in der Öffentlichkeit ausgelöst.

„Ländliches Zentrum“ Plänitz

Vielleicht haben Sie sich schon ein paar Gedanken gemacht aufgrund meines Schreibens zum „Fall Plänitz“ vom 30. Oktober, in dem ich Sie etwas ausführlicher auf die Situation zum Jahresende 2023 angesprochen habe. Wir alle wissen, dass veränderte und erschwerte Entwicklungen im letzten Jahr unsere Herausforderung verstärkt haben. Aber mit Erfahrung, Sachverstand und kühlem Kopf können wir die Lage meistern, auch dank der verstärkten Förderung.

Um das Ziel der Nachhaltigkeit zu erreichen, muss und möchte ich unsere Freunde, die auch die geleistete Arbeit respektieren und die Zukunft des ARE und FRE-Einsatzes gesichert haben wollen, heute um einen einmaligen Beitrag zur Gestaltung unseres Zentrums Plänitz mit seinem hohem Denkmalswert bitten. Diese Unterstützung wird gebraucht, um die zum Glück erhebliche Fördersumme mit Eigenmitteln – wie vorgeschrieben – zu ergänzen. Daher schlage ich jetzt eine „Sonderförderung Zentrum Plänitz“ vor mit der Empfehlung, 100 Euro (einhundert) zu spenden. Natürlich würden auch kleinere Summen weiterhelfen, größere erst recht. Gern spreche ich darüber auch telefonisch mit Ihnen. Oder – wir treffen uns in Plänitz oder woanders.

Die aktuellen ARE-Kurzinformationen finden Sie auf der Internetseite: www.are-org.de

Aktuelle Themen

- Zusammenarbeit mit der Bundesstiftung Ausarbeitung
- Richterkontrolle mit neuen Rechtsverletzungen/ Rechtsbeugungen
- Baustellen der Aufarbeitung und ihre Entwicklung 2023. Die Gestaltung der Orte Plänitz in der Ostprignitz und Ziethen bei Anklam in Vorpommern.

Kontakt

Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e. V., Zusammenschluss von Opfern und Geschädigten

14 Aktionsgruppen in den Bundesländern – Kontaktstelle zur EU

ARE-Plänitz

Hofstraße 5, 16845 Plänitz bei Neustadt/Dosse, Tel.: 033970-518-74/76, Fax: 033970-518-75

ARE-Zentrum Hessen

Westendstr. 14a, 34305 Niedenstein, Tel.: 05624-9262-58, Fax: 05624-9262-68
E-Mail: are-pl@gmx.de
Internet: www.are-org.de

Ansprechpartner

Manfred Graf von Schwerin
ARE-Plänitz: Hofstr. 5, 16845 Plänitz, Telefon (033970) 51874, Fax (033970) 51875
ARE-Zentrum: Westendstr. 14A, 34305 Niedenstein, Telefon (05624) 926258, Fax (05624) 926268

Spendenkonto

Für ARE – Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin, IBAN:DE68 1606 1938 0103 0127 94
Für FRE – (Spendenbescheinigung kann ausgestellt werden) – Raiffeisenbank Ostprignitz Ruppin, IBAN: DE26 1606 1938 0001 0422 03 

Verbandstreffen der UOKG e.V. im November 2023

Bei herbstlichem Sonnenschein trafen sich die Verbände, Vereine und Initiativen der UOKG e.V. am 04. und 05. November 2023 wieder im Haus 1 auf dem Campus für Demokratie, um sich über die Ereignisse der letzten sechs Monate auszutauschen und zukünftige Vorstellungen, Aufgaben, Vorgehensweisen zu besprechen und wie alle zwei Jahre die Vorstandswahlen abzuhalten. Wir danken allen für das zahlreiche Erscheinen.

Der im März dieses Jahres neu berufene Berliner Landesbeauftragte ist in unseren Kreisen schon lange bekannt. Frank Ebert nutzte sein Grußwort nicht nur zu

einer persönlichen Vorstellung, sondern knüpfte direkt an die langjährige gute Zusammenarbeit der UOKG und der BAB an. Uns vereinen gemeinsame Ziele wie die Verbesserung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze, die Würdigung der Erinnerungsorte und des widerständigen Handelns in der DDR. Ebert sieht in dem geplanten Forum für Opposition und Widerstand (FOW) eine gute Möglichkeit, sich auch zukünftig den verklärenden Narrativen „Es war nicht alles schlecht“ entgegenzustellen und immer wieder deutlich zu machen, dass es ohne Freiheit auch keine Selbstbestimmung geben kann.

Die Aufarbeitung der Zwangsarbeit politischer Gefangener in der DDR treibt die UOKG seit mehreren Jahren um. Die UOKG initiierte eine Pilotstudie, die gemeinsam mit der Humboldt-Universität zu Berlin durchgeführt wird. Unser Verbandstreffen war eine günstige Gelegenheit, den Teilnehmern die vorläufigen Ergebnisse der Pilotstudie vorzustellen. Dr. Markus Mirschel, zuständig für den Themenbereich Lieferketten, erklärte die Rekonstruktion einer belastbaren Lieferketten am Beispiel der Feinstrumpfhosen von der Produktionsstätte in Hoheneck über den VEB Esda Thalheim bis hin zum Aldi-Nord-Konzern. Diese belegte er mit





Ehrung (von li.n.re.): stellv. Vorsitzender der UOKG Roland J. Lange und Ernst-Otto Schönemann, Beisitzer des Vorstandes der UOKG

zahlreichen Archivadokumenten. Samuel Kunze, u.a. zuständig für den Themenbereich Gesundheitliche Folgeschäden, erklärte in verständlicher Weise eine mögliche Quecksilber-Vergiftung mithilfe eines Schemas zur Chloralkali-Elektrolyse nach dem Amalgam-Verfahren. Abschließend stellte er noch die Liste der gefährlichen Stoffe vor, mit der, so die Zielsetzung, die zuständigen Behörden bei der Begutachtung und Entscheidung sachkundig unterstützt werden könnten.

Martina Kegel berichtete von ihren vier eingereichten und insbesondere drei erfolgreich durchgeführten Verfassungsbeschwerden. Alle bezogen sich auf Heimweisungen im Zusammenhang mit der neu im Gesetz verankerten Vermutungsregel. Sie erläuterte kurz die Verfahrensweise bei Verfassungsbeschwerden. Diese besteht darin, Beschlüsse und Urteile, die massiv die Grundrechte verletzen, aufzuheben. Das Bundesverfassungsgericht besteht aus 16 Richterinnen und Richter und einem Senat. Pro Jahr werden ca. 6.000 Verfassungsbeschwerden eingereicht. Die Chancen auf eine erfolgreich durchgeführte Verfassungsbeschwerde sind als sehr gering einzustufen. Wir freuen uns alle, dass Frau Kegel gemeinsam mit den Klienten der UOKG-Beratungsstelle diese Erfolge erzielte. (Stacheldraht 8/23)

In der sich anschließenden Mitgliederversammlung wurden die Vorstandswahlen durchgeführt. Nach langjährigem Engagement, auch in schwierigen Zeiten, haben Ernst-Otto Schönemann und Roland Lange entschieden, aus dem Vorstand auszuscheiden. Beide wurden einstimmig als Ehrenvorsitzende gewählt. Dieter Dombrowski, der seit Jahren sehr rege für die UOKG tätig ist, wurde erwartungsgemäß als Vorstandsvorsitzender wieder gewählt. Ebenso wiedergewählt wurden Carla Ottmann als stellvertretende Vorsitzende und Inge Bennewitz, Konstanze Helber und



Vorsitzender der UOKG Dieter Dombrowski

Sybille Krägel als Beisitzerinnen. Aber es gibt auch zwei neue Mitglieder im Vorstand. Christoph Fichtmüller (Vorsitzender der Initiative Gruppe Internierungslager Ketschendorf / Speziallager Nr. 5 e.V.) wurde als zweiter stellvertretender Vorsitzender und Felix Holtschke (stellv. Vorsitzender Vereinigung der Opfer des Stalinismus) als vierter Beisitzer in den Vorstand gewählt. Wir gratulieren allen zur Wahl und wünschen eine gute Zusammenarbeit in den nächsten zwei Jahren.

Sandra Czech, UOKG



Vorstand der UOKG e.V.: Konstanze Helber, Sybille Krägel, Roland Lange, Christoph Fichtmüller, Inge Bennewitz, Dieter Dombrowski, Carla Ottmann, Ernst-Otto Schönemann, Felix Holtschke

VEREINIGUNG 17. JUNI 1953 e.V. – Neuer Vorstand

In einer Presseerklärung teilte der Verein mit, dass von der Mitgliederversammlung einstimmig Mike Mutterlose (*1968), Manager aus Hanau/Main, zum Vorsitzenden gewählt wurde. Mutterlose ist Enkel eines aktiven Teilnehmers am Aufstand von 1953.

Zu weiteren Mitgliedern im Vorstand wurden ebenfalls einstimmig gewählt: Andrea Rugbarth (*1957), Hamburg, ehemals Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (SPD). Rugbarth arbeitet bereits in diversen Initiativen (Initiative für Gerechtigkeit) und Institutionen (Bundesstiftung für ehem. politische Häftlinge, Bonn) mit. Kathrin Albrecht-Gericke (*1972), Berlin arbeitet seit Jahren ehrenamtlich ebenfalls in diversen Initiativen (Ginas Adoptionsdreieck, Selbsthilfegruppe (SHG) Zwangsadoption; SHG Herkunftseltern und weitere) mit.

Der bisherige Vorsitzende Carl-Wolfgang Holzapfel äußerte sich äußerst zufrieden über das eindeutige Wahlergebnis. Es sei nach intensiven Bemühungen gelungen, die Zukunft des wichtigen historischen Vereins zu sichern und den Vorstand auf jüngere Beine zu stellen. Holzapfel gehört dem Verein seit 1962 an uns ist damit das derzeit „dienstälteste“ Mitglied der Vereinigung. Der gewaltlose Widerstandskämpfer wurde 1962 bei seinem ersten von mehreren Hungerstreiks gegen die Berliner Mauer von den zwei ehem. Aufständischen Friedrich Schorn (Leuna/Merseburg) und Manfred Plöckinger (Bauarbeiter an der Stalin-Allee in Berlin) angesprochen und für die Vereinigung gewonnen. Bereits 1965 wurde der gerade 21-jährige zum ersten Mal als Hauptgeschäftsführer in den (damals wegen mehrerer Landesverbände existierenden) Bundesvorstand gewählt. Ab 1990 war er stellv. Vorsitzender. Holzapfel wurde bereits 2019 zum Ehrenvorsitzenden gewählt und in dieser Funktion nach der Wahl des neuen Vorstandes bestätigt.

Spendenaufwurf UOKG

Liebe Mitglieder, Freunde und Förderer der UOKG, ich möchte Sie heute erneut bitten, sofern es Ihnen möglich sein sollte, die UOKG mit einer Spende zu unterstützen. Wie Ihnen bekannt ist, wird die UOKG zwar von Bund und Land unterstützt. Auch die Verbände und Initiativen, die sich der UOKG angeschlossen haben, leisten ihren bestmöglichen Beitrag, ebenso wie unsere Fördermitglieder.

Trotz allem sind wir darüber hinaus auch weiterhin auf Ihre Hilfe angewiesen, um etwa die fälligen Eigenanteile bei gestellten Projektförderanträgen stemmen zu können. Auch die weitere Recherche im Rahmen des Themas Zwangsarbeit gehört zu den kostenintensiven Ausgaben.

Ich bedanke mich im voraus sehr herzlich bei allen Spendern, wünsche Ihnen schöne Weihnachten im Kreis Ihrer Liebsten, einen guten Rutsch ins neue Jahr sowie eine angenehme Lektüre unserer Verbandszeitschrift „Stacheldraht“. Spender können nachfolgend im Stacheldraht veröffentlicht werden.

Mit freundschaftlichen Grüßen
Ihr Dieter Dombrowski

(Eine Spendenbescheinigung für Beiträge über 100 Euro stellt aus: UOKG-Finanzverwaltung, c/o Theo Mittrup, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin. Bitte eigene Adresse angeben!)

Bestätigung

über Zuwendungen im Sinne von § 10 b des Einkommensteuergesetzes an eine der in § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen. Art der Zuwendung:

Geldzuwendung von _____ € am _____

Es handelt sich nicht um den Verzicht auf Erstattung von Aufwendungen oder um Mitgliedsbeiträge.

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. ist durch Freistellungsbescheid des Finanzamts für Körperschaften I in 14052 Berlin vom 4.3.2019 – Steuernummer 27/679/50198 – als gemeinnütziger Verein gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer und § 3 Nr. 6 GStG von der Gewerbesteuer befreit. Es wird bestätigt, daß die Zuwendung nur zur Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte (Abschnitt A, Nr. 7 der Anlage 1 zu § 48 EStDV) verwendet wird.

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts _____ **BIC** _____

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)
U O K G e. V.

IBAN
DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)
DEUTDE33HAN

Betrag: Euro, Cent _____

Kunden-Referenznummer – Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers
S p e n d e U O K G

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN _____ **08**

Datum _____ **Unterschrift(en)** _____

Art.-Nr.: 113 360 423 100

Schreibmaschine: normale Schreibweise!
 Handschrift: Blockschrift in GROSSBUCHSTABEN und dabei Kästchen beachten!

Die Redaktion dankt allen aufmerksamen Lesern des Stacheldrahtes für Korrekturen und Hinweise

Beitrag von Andreas H. Apelt in Ausgabe 6/23: „Er musste durchhalten...“. **Zitat:** „Als einer der wenigen noch überlebenden Zeitzeugen des sowjetischen Lagers in Ketschendorf bin ich schockiert, wie völlig entstellt die Realität dieses Lagers von dem Autor dargestellt worden ist. Angefangen mit den angegebenen Daten und der Ungenauigkeit des Umfeldes (das Jugendhaus 3 war in Wirklichkeit Haus 1, Haus 3 war das 'Lagerhospital', die letzte Station vor dem 'Wäldchen', in dem an die 50% der Gefangenen innerhalb von 18 Monaten nackt in Massengräbern 'beerdigt' wurden), gab der Autor nur 'gehörtes' Geschehen wieder. Um dies etwas zu korrigieren, biete ich Interessierten meine Aufzeichnungen an, welche ich 1950, kurz nach meiner Entlassung aus Buchenwald, niedergeschrieben hatte, und die ich noch in dem handschriftlichen Original habe. Tatsachen sollten nicht von solcher Art von 'Hören-sagen' entstellt werden, schon ganz und gar nicht von einer Schrift, wie dem 'Stacheldraht'. Ich denke, das müsste richtiggestellt werden. Mit freundlichen Grüßen, Gerhard Nehls; **Literaturempfehlung:** Gerhard Nehls: Auf den Spuren der Sehnsucht – aus dem Gulag nach Kapstadt, Hänssler Verlag 2008, 320 Seiten, ISBN: 978-3775148801.

Bei der Würdigung des kritisierten Beitrag ist zu berücksichtigen, dass es sich um einen Auszug aus einem Roman handelt, wo Inhalte von realen Erlebnissen und Zahlen abweichen können.

Beitrag von Thomas Purschke in Ausgabe 8/23: „Eine wichtige Stimme des Anti-Doping-Kampfs ist verstummt. Nachruf auf den Thüringer Sportpädagogen Henner Misersky“. **Öffentliche Berichterstattung (Auswahl):** Thomas Krause: Wie sauber ist die Hilfe für Opfer von DDR-Doping? in „Nordkurier“ vom 28.09.2018 (Stellungnahme des Vorstands des Dopingopferhilfevereins (DOH) zu dem Artikel „Wie sauber ist die Hilfe für Opfer von DDR-Doping?“ im „Nordkurier“ vom 28.09.2018 auf <https://no-doping.org/>); Markus Völker: Hilfe, Opfer! Streit im Doping-Opfer-Hilfverein, in „taz“ vom 14.10.2018 (Leserbrief zum Artikel: Aufgabe des DOH falsch dargestellt: „Hilfe, Opfer!“, taz vom 13.10.18 in „taz“ vom 24.10.2018); Uwe Karte: Doping und Dichtung – Das schwierige Erbe des DDR-Sports, Filmdokumentation des MDR vom 31.01.2023 https://www.mdr.de/sport/andere_sportarten/doping-und-dichtung-100.html; Jens Weinreich: Debatte um DDR-Leichtathletin Ines Geipel. Propaganda vom Feinsten, in „Berliner Zeitung“ vom 02.03.2023; Helmut Digel: Ein Kampf um Wahrheit und Gerechtigkeit – Henner Misersky – auf „Sport-nachgedacht.d“ vom 19.05.2023 <https://germanroadraces.de/?p=216613>; Peer Teuwsen: Diese alte Narbe, in „NZZ“ vom 21.08.2022; Werner Schulz: Annullierte Aufarbeitung. Das Rollback des Henrich Misersky in der Doping-Aufarbeitung, in ZdF 50/2023, S. 100 ff.; Thomas Purschke: Er weigerte sich, seine Sportlerinnen zu dopen. Ein Nachruf, in „Spiegel“ vom 14.08.2023; Daniel Klein: MDR weist die Beschwerde über Ines-Geipel-Doku ab, in "Sächsische Zeitung" vom 18.09.2023; Anno Hecker: Im Maschinenraum der Diktatur, in „FAZ“ vom 04.10.2023; Anno Hecker: Eine WENDE, in „FAZ“ vom 09.11.2023.

Dank an alle Leser für die fortwährend zahlreichen Beiträge und interessanten Zuschriften! Leider können nicht immer alle Beiträge veröffentlicht und gewürdigt werden. Dafür bitten wir um Verständnis. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinntestellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Digitaler „stacheldraht“: Unsere Verbandszeitschrift „der stacheldraht“ kann für die Jahrgänge 2009 bis 2022 als PDF-Dokument Online im Archiv abgerufen werden unter: <https://www.uokg.de/der-stacheldraht/>

Abonnenten können die jeweils aktuelle Ausgabe als **PDF-Dokument** zugestellt bekommen. Wir bitten in diesem Fall um eine kurze Mitteilung per E-Mail an: der-stacheldraht@uokg.de

Die UOKG im Internet: <https://www.uokg.de/>

Facebook: https://www.facebook.com/UOKGeV/?locale=de_DE

Wikipedia: https://de.wikipedia.org/wiki/Union_der_Opferverb%C3%A4nde_Kommunistischer_Gewaltherrschaft

Redaktionsschluss siehe Impressum letzte Seite

Beachten Sie zur gedanklichen Anregung auch unser jeweiliges Zitat auf der letzten Seite.

Kameras aus DDR-Zwangsarbeit im Otto-Katalog?

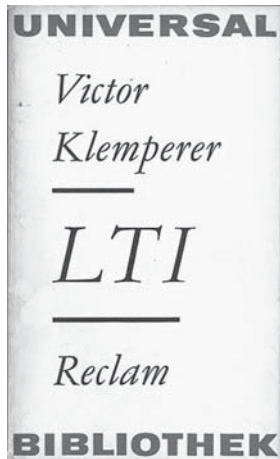
Der Otto-Konzern soll DDR-Kameras vertrieben haben, die zum Teil durch Zwangsarbeit in Gefängnissen gefertigt worden sind. Dies geht aus einem aktuellen Bericht der SED-Opferbeauftragten des Bundestages hervor.

Sendung vom 04.07.2023
 FAKT · Das Erste:
<https://www.ardmediathek.de/video/fakt/kameras-aus-ddr-zwangsarbeit-im-otto-katalog/das-erste/Y3JpZDovL21kci5kZ-S9iZWl0cmFnL2Ntcy81MD-JkYjlkNy0yOTA1LTQ4N-mEtYjZiMS1iMGE4Zjg1YWRIZDK>

Leseempfehlungen der Redaktion

Victor Klemperer: LTI

Klemperer untersucht in seinem Buch LTI, das 1947 erstmals im Aufbau-Verlag erschien, vielfältige Dimensionen der Sprache des Dritten Reiches, der Lingua Tertii Imperii (LTI), darunter etwa charakteristische Einzelwörter, Redewendungen und Floskeln der Nazispache, die Instrumenta-



lisierung und Umdeutung von Sprachtraditionen oder die Politik der Normierung und Reglementierung der Sprache seitens der Nazilite. Darüber hinaus geht es Klemperer aber auch in einem viel umfassenderen Sinne um die im Medium von Sprache hergestellte und im alltäglichen Sprachgebrauch reproduzierte nationalsozialistische Ideologie, um das Einwandern und Festsetzen der Herrschaftssprache, um die oft unbewussten Wirkungen und Prägungen, um die Verführungs- und Lenkmacht der Sprache, die sich gerade auch in unscheinbaren Wendungen und Redensarten bekundet. Das Buch widmete Klemperer seiner Frau Eva Klemperer. Es besteht aus 36 Kapiteln. Das 6. Kapitel „Die drei ersten Wörter nazistisch“ behandelt z.B. folgende Wörter: Strafexpedition, Staatsakt und historisch. Im 23. Kapitel „Wenn zwei dasselbe tun“ setzt er dem nationalsozialistischen Ausdruck 'gleichschalten' Stalins Ausspruch gegenüber, der Lehrer sei der Ingenieur der Seele.

Nach der epochalen Niederlage des Nationalsozialismus und dem weltgeschichtlichen Aufstieg Stalins vollzieht er eine Annäherung an den Kommunismus, dessen „linkstem Flügel“ er angehören möchte. Seine Erfahrungen mit und im Nationalsozialismus verzerrten zugleich seine bisher analytischen Betrachtungen auf ein totalitäres politisches System hin zu einem mythologischen Bild darüber, was nun zu tun sei, nämlich, es müsse „ausgemistet“ werden. Garant dafür sollten Stalins Kom-

munismus sein. Im Nachkriegsdeutschland fordert er deshalb nichts weniger als einen radikalen Neuanfang. Zugleich ist er hin- und her gerissen zwischen Opportunismus und Rebellion. Seine Erkenntnisse über die Grausamkeiten auch im Namen des Kommunismus bleiben für ihn dennoch und vor dem Hintergrund eigener dramatischer Erlebnisse im Nazismus „das kleinere Übel“. Das sei zu akzeptieren. Er wähnt sich auf der richtigen Seite der Geschichte und verharret so im Glaubensbekenntnis der frühen DDR-Intellektuellen. Seine Mitwisserschaft um die neuen Verbrechen im Namen des Kommunismus relativiert er, denn: „Hat sie (die Partei, A.d.A.) Gründe, die wir nicht kennen?“ (So sitze ich zwischen den Stühlen: Tagebücher 1945-1949.) Klemperer, der nie ein bedeutender Schriftsteller war, erbringt das Opfer des strategischen Schweigens zu eigenen Gunsten und hält es mit Berthold Brecht, der den Kritikern der Stalinistischen Politik nicht Lüge vorwirft, sondern das „Ausplaudern von Wahrheiten“.

Verfilmung

Im Jahr 2003 wurde LTI unter dem Titel „Die Sprache lügt nicht (Originaltitel: La langue ne ment pas“) für das Fernsehen adaptiert. Regie bei diesem deutsch-französischen Dokumentarfilm führte Stan Neumann. Der 80-minütige Film wurde im Juli 2005 beim Jerusalemer Filmfestival ausgezeichnet.

Ausgaben

- Victor Klemperer: LTI. Notizbuch eines Philologen. Aufbau-Verlag, Berlin 1947
- Victor Klemperer: Die unbewältigte Sprache – LTI. Notizbuch eines Philologen. Joseph Melzer Verlag, Darmstadt 1966 (Ersterscheinung in der Bundesrepublik Deutschland, verantwortlich zeichnete Jörg Schröder)
- Victor Klemperer: LTI. Reclam-Verlag, Leipzig 1966, Reclams Universal-Bibliothek, Band 278. Viele weitere Ausgaben, später auch in der Bundesrepublik
- Victor Klemperer: LTI. Reclam-Verlag, Stuttgart 2010, ISBN 978-3-15-010743-0. Hardcover, herausgegeben und kommentiert von Elke Fröhlich. Als Taschenbuch ab 2010 unter der ISBN 978-3150205204 (vorangegangen ist ISBN 978-3150203651)

Wolfgang Benz: Legenden, Lügen, Vorurteile

Legenden sind oft attraktiver als die Wirklichkeit, Vorurteile bequemer als die kriti-

sche und rationale Sicht; Geschichtslügen dienen als Waffen im politischen Streit, wenn die Argumente ausgehen. Politische und historische Legenden, Lügen und Vorurteile sind der Nährboden für einseitige und falsche Geschichtsbilder und für wirkungsvolle Propagandasprüche. Schlagwörter und Vorstellungen, vor allem über die Zeit des Dritten Reiches, werden in dem von Wolfgang Benz herausgegebenen Buches von Zeithistorikern auf ihren Wahrheitsgehalt und auf ihre politische Tendenz hin geprüft; objektive Auskünfte enttarnen zähleibige Vorstellungen mit gesicherten Beweisen als Lügen.

Wolfgang Benz, geboren 1941, ist emeritierter Professor für Zeitgeschichte, er lehrte von 1990 bis 2011 an der Technischen Universität Berlin, gründete das Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung und war bis 2011 dessen Leiter. 1992 erhielt er den Geschwister Scholl-Preis. Er ist Mitherausgeber der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft sowie Autor zahlreicher Veröffentlichungen, darunter einiger Standardwerke, zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert.

Wolfgang Benz Hg.: Legenden, Lügen, Vorurteile, dtv Verlag 1992, 241 Seiten, ISBN-13: 978-3423032957; Abba Eban: Dies ist mein Volk. Die Geschichte der Juden, Dromer/Knaur Verlag, 447 Seiten ISBN: 978-3426055755; Sebastian Voigt: Das Verhältnis der DDR zu Israel, bpb.de, Lizenz CC BY-NC-ND 2.0 DE, <https://www.bpb.de/themen/naher-mittlerer-osten/israel/45014/das-verhaeltnis-der-ddr-zu-israel/>

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
Di, Mi, Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53, E-Mail: kegel@uokg.de

Cornelia Kurtz
(DDR-Zwangsadoption und ehemalige Heimkinder)
Mo, Di, 10–15 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54, Mobil: 0151 721 098 10
Persönliche Termine nach Absprache
E-Mail: kurtz@uokg.de

Magdalena Kuhn, Dipl.-Psych.
Mo, Mi, Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52, E-Mail: kuhn@uokg.de

Tanja Germer, Dipl.-Päd.
Mo, Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 57 79 87 39, E-Mail: germer@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird eine telefonische Anmeldung empfohlen. Termine nur nach telefonischer Absprache.

Das Projekt wird gefördert vom Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet oder ihn abonniert haben:

Michael Striss, Erik Hofmann, Gerd Bierwirth, Dr. Wolf Erler, Gurdun Bär, Rainer Jahn, Cornelia Schneider, Roland Briol, Günter Johannsen, Hans-Joachim und Dr. Cornelia Springer, Horst und Sieglinde Opitz, Rolf Petermann, Christa Mertineit, Bernd Hartwig, Bernd und Waltraud Schmidt, Angelika Mädicke, Cornelia Schneider, Gerd Ahnert, Olaf Bellstedt, Gerhard Knorr, Carsten und Barbara Müller, Erna Carbow, Roland Dahlenburg, Alexander Grow, Anita Dentler, Christel Wolfermann, Wolfgang Kupke, Ute Bartmuß, Klaus Fischer, Othmar Ballmaier, Karl-Wolf und Dr. Eva-Maria Tiebel, Michael Wühle, Peter Menzel, Wolfgang Finger, Doris-Marianne Krause, Dr. Detlef Krastel, Norbert und Adelheid von Meegen, Rainer und Sigrid Schmiedel

Zitate

„So wie ein früheres Zeitalter das Höchstmaß an Freiheit erlebt hat, so unseres das Höchstmaß an Sklaverei, da durch die permanente Spitzelei sogar der Austausch im Sprechen und Zuhören genommen wurde [...] Jetzt kehrt allmählich das Bewusstsein zurück.“ Vgl. Berthold Seewald: Der Kaiser wurde „mit sieben Hieben“ niedergestreckt, in „Welt“ vom 20.09.2023; Vgl. Armin Eich: Die römische Kaiserzeit: Die Legionen und das Imperium, C. H. Beck Verlag 2014/2016, 304 Seiten, III Kapitel, 7, ISBN-13: 978-3406660122; **„Je verdorbener der Staat, desto mehr Gesetze hat er.“**

Original lat.: „Corruptissima re publica plurimae leges.“ Tacitus (* um 58, † um 120) war römischer Senator. Zugleich war er ein Verfechter der alten römischen Republik, in der die Regierungsmacht nicht bei einer einzigen Person, einem Kaiser, lag und der Senat noch großen politischen Einfluss hatte. Er lehnte daher das kaiserliche Prinzipat allgemein ab. Tacitus: Annalen I-IV, hier III, 27, Reclam-Verlag 1996, S.154.

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax -40
 Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
 Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 23
 Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Internet: www.uokg.de
 E-Mail: info@uokg.de

UOKG-Spendenkonto für Abonnements und Spenden:
 Konto: UOKG e.V.
 IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00
 BIC: DEUTDE33HAN
Verwendungszweck „ABO“ oder „Stacheldraht-Spende“

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG).

Redaktion: Dr. Henning Pietzsch, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 26 55 71 20 (die telefonische Erreichbarkeit der Redaktion ist eingeschränkt)
 E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de

An- und Abmeldungen für den Versand des Stacheldrahtes bitte, wenn möglich, auf elektronischem Weg per Mail.



Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion mailto: der-stacheldraht@uokg.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnenstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluss Ausgabe 9/23: 17. November 2023
 Redaktionsschluss Ausgabe 1/24: 19. Januar 2024

Der Stacheldraht: ISSN 2748-4041 (Print), 2751-0182 (Online)

